

CDU-Informationsdienst Union in Deutschland Bonn, den 2. Juli 1998

22/1998

Generalsekretär Peter Hintze:

Schröder-Truppe verkörpert den personellen Notstand

Zum Auftritt von Schröders Schattenkandidaten in Berlin erklärte Generalsekretär Peter Hintze:

Mit Schröders Schattentruppe ist kein Staat zu machen. Sie verkörpert den programmatischen und personellen Notstand der SPD. Deutschland würde mit diesen Leuten von der Weltspitze in die Drittklassigkeit zurückfallen.

Schröder will ausgerechnet Lafontaine, den größten Schuldenmacher unter den westdeutschen Ministerpräsidenten, zum Finanzminister machen. Mit Lafontaine geriete der Euro in höchste Gefahr. Inflation ist das Markenzeichen der SPD-Finanzpolitik.

Risikofaktor, der das Vertrauen der Nachbarn zerstört

Die Außenpolitik fristet bei der SPD ein Schattendasein. Scharping ist nur der Platzhalter für einen grünen Außenminister Trittin oder Fischer. Die peinlichen außenpolitischen Entgleisungen Schröders, wie das Treffen mit dem weißrussischen Diktator Lukaschenko, lassen erahnen, welchen außenpolitischen Schaden Schröder in kürzester Zeit anzurichten vermag. Mit den Forderungen der Grünen nach einem Wegschrumpfen der Bundeswehr und der Abschaf-

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

Sozialdemokraten

Generalsekretär Peter Hintze: Schröders ungedeckte Wechsel. Seite 4

Jahrestag

Bundeskanzler Helmut Kohl: Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Seite 7

Zuzahlungen

Niemand wird finanziell überfordert. Die Regelungen in der GKV. Seite 15

Asybewerber

Otto Hauser: Kein Land der Welt kennt ein Wirtschaftsasylrecht. Seite 18

Wahlkampf

Wie sich Kreisverbände gegenseitig helfen können. Seite 34

Kurz & bündig

ARGUMENTE: Für Gespräche mit Erstwählern. Seite 39

UiD Extra

Roman Herzog: Die Bürgerrechtler sind die Träger eines wertvollen Erfahrungsschatzes. Innenteil

Kurz & gut

So gut wie bisher noch nie

ist nach den Worten von Wohnungsbauminister Eduard Oswald die Wohnraumversorgung in Ost und West. Die Eigentumsquote liegt in den alten Bundesländern bei 42. in den neuen Bundesländern bei 30 Prozent, Knapp drei Millionen Wohnungen sind zwischen 1991 und 1997 in den alten Bundesländern gebaut worden, 616,000 in den neuen. Im selben Zeitraum sind in Ostdeutschland 4.2 Millionen Wohnungen modernisiert worden.

Optimistisch wie noch nie

ist nach einer Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
die ostdeutsche Industrie hinsichtlich ihrer künftigen Entwicklung. Drei Viertel der befragten Unternehmen sehen aufgrund des kräftigen Wachstums bei den Ausrüstungsinvestitionen in ganz Deutschland (10,7 Prozent im ersten Quartal) auch ihre Zukunft in einem günstigen Licht.

Auch der Ausfuhrboom

setzt sich zwischen Ostsee und Erzgebirge fort: Nach einer Verbesserung um 25,8 Prozent auf knapp 52 Milliarden Mark im letzten Jahr sind die Exporte aus den neuen Bundesländern allein im ersten Quartal dieses Jahres noch einmal um 28,7 Prozent gestiegen.

13.000 Ausbildungsplätze

hat die dritte bundesweite Lehrstellenaktion der Bundesanstalt für Arbeit vom 18. Juni gebracht. 41.000 Firmen haben die Mitarbeiter der Bundesanstalt besucht und dabei die Zusage für 6000 neue Ausbildungsplätze in diesem, für 7000 im nächsten Jahr erhalten.

Sachsen-Anhalts Verschuldung weit über dem Durchschnitt

Mit einem Schuldenberg von 23,5 Milliarden und einer Pro-Kopf-Verschuldung von 8.700 Mark wird Sachsen-Anhalt Ende des Jahres nach Brandenburg voraussichtlich das zweitschlechteste Ergebnis aller neuen Bundesländer erreichen. Damit liegt das Bundesland weit über dem Durchschnitt der westlichen Flächenländer von rund 7.000 Mark und würde nach den Worten des Präsidenten des Landesrechnungshofs "beachtliche Strafgebühren" zu erwarten haben, wenn Maastricht auch für die Bundesländer gelten würde. Seit 1994 hat der Landeshaushalt regelmäßig Kredite aufgenommen, die über den eigenfinanzierten Investitionen lagen, und damit die verfassungsrechtlich festgelegte Kreditobergrenze überschritten.

DAS WICHTIGSTE NR. DER WOCHE AUF EINER SEITE

Helmut Kohl ist ein Staatsmann, der Großtaten vollbracht hat – mit der deutschen Einheit und dem EURO. Das sind phantastische Leistungen.

SPD-Schattenministerkandidat Jost Stollmann im "Stern" vom 25. Juni

Personalstärke des Verfassungsschutzes: Höppners SPD beugt sich dem Diktat der PDS

Die ersten Verbiegungen der SPD-Politik nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt werden sichtbar. Höppners Regierung kann sich zu keiner eindeutigen Haltung aegenüber dem Extremismus durchringen:

- obwohl mit DVU nach PDS eine zweite radikale Partei in das Landesparlament eingezogen ist und
- seit geraumer Zeit die Zahl extremistischer Straftaten zunimmt.

SPD enthält sich der Stimme

SPD-Innenminister Manfred Püchel hat mehrfach beteuert, daß der Personalbestand des Landesamts für Verfassungsschutz nicht verringert werden darf. Und auch die CDU hat im Landtag einen entsprechenden Antrag gestellt, der die Arbeitsfähigkeit des Landesamts sicherstellen soll. Trotzdem hat sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

PDS und DVU waren sich dagegen rasch einig: Sie stimmten gegen den Stellenerhalt beim Verfassungsschutz.

CDU-Landesvorsitzender Karl-Heinz Daehre: Als Vorwand für den Abbruch der Gespräche mit der CDU über die Bildung einer gemeinsamen Regierung hat der sachsen-anhaltinische Ministerspräsident Höppner sein Entsetzen darüber zum Ausdruck gebracht, daß die CDU nicht bereit sei, gemeinsam mit SPD und PDS Absprachen gegen die DVU zu treffen. Das war, wie sich jetzt zeigt, nicht sein Ernst. Sein wahres Gesicht sieht anders aus.

Einmalige Gelegenheit für PDS und DVU

Zur Sicherung ihrer Mehrheit im Landtag schlägt sich die SPD gegen ihren eigenen Innenminister auf die Seite der extremen PDS. Und beide radikalen Parteien – DVU und PDS – erhalten auf diese Weise die einmalige Gelegenheit, eine Institution in Frage zu stellen und zu demontieren, die dem Schutz der Demokratie dient.

Karl-Heinz Daehre: Die CDU Sachsen-Anhalt setzt sich gegen jede Art von Extremismus zur Wehr. In Sachsen Anhalt ist sie die einzige im Parlament vertretene Partei, die es jetzt und auch in Zukunft damit ernst meint, extremistische Tendenzen – egal, ob von rechts oder von links – zu bekämpfen.

Auch weiterhin Vorrang

hat der Aufbau Ost: Um jährlich eine Milliarde Mark wird zur besseren Eigenkapitalausstattung der Unternehmen der sogenannte Beteiligungsfonds Ost aufgestockt und über 1998 hinaus verlängert. Bisheriges Volumen: 1,7 Milliarden Mark. Auch die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wittschaftssstruktur" wird in den nächsten Jahren fortgeführt. Finanzielle Ausstattung: 6,4 Milliarden Mark allein 1998.

Automobil-Konjunktur

Fast 700.000 Arbeitnehmer beschäftigt derzeit die deutsche Automobilindustrie; das sind 43.000 mehr als Ende 1996. Im vergangenen Jahr hat dieser Industriezweig seinen Beschäftigtenstand um 25.000 Erwerbtstätige erhöht. Bis Ende März dieses Jahres wurden weitere 18.000 Stellen geschaffen. Im Mai expandierte die Automobilproduktion in Deutschland mit 459.300 Kraftwagen gegenüber dem Vorjahresergebnis um 16 Prozent. Fortsetzung von Seite 1

fung der NATO wird daraus ein außenund sicherheitspolitischer Risikofaktor, der das Vertrauen unserer Nachbarn zerstört.

Walter Riester, Schröders Mann für Arbeit und Soziales und gleichzeitig Schröders Dankeschön an die Gewerkschaften für ihre einseitige parteipolitische Propaganda, hat die SPD in ein Rentenchaos gestürzt. Mit seinen Vorstellungen stellt er sowohl die Stabilität des Rentenbeitrags als auch die leistungsbezogene beitragsfinanzierte Rente in Frage.

Christine Bergmann wurde von Schröder gleich als zuständig "für Frauen und das ganze andere Gedöns" (Süddeutsche Zeitung, 30. 5. 98) eingestuft. Schröders Wortwahl ist verräterisch!

"Partnerschaft für die geplante Zuwanderung" (Sonntagsblatt, 22. 9. 95) gehört zu den geistigen Bekenntnissen von Herta Däubler-Gmelin, die 1992 gegen die Asylrechtsänderung eintrat und immer wieder als Gegnerin der rechtmäßigen Abschiebeund Asylpraxis auftritt. Mit ihr als Justizministerin und Schily als Innenminister wird der massenhaften Zuwanderung Tür und Tor geöffnet.

Unvorstellbar

Otto Schily wirft in Schröders Mannschaft einen besonders langen Schatten. 1972 bezeichnete er sich als linken Anwalt, wenn unter links zu verstehen ist, "daß ich ein Gegner der kapitalistischen Gesellschaftsordnung bin" (Spiegel, 26. 6. 72). 1977 war er der Auffassung: "Demokratie ist in gewissem Umfang für den Kapitalismus nur eine Fassade" (ZDF, 14. 9. 77), um 1997 festzustellen: "Es wird in der Öffentlichkeit immer wieder versucht, Widersprüche zu finden zwischen meinem Standpunkt von 1977 und dem von 1997. Der unterscheidet sich überhaupt nicht" (Süddeutsche Zeitung, 13. 10. 1997). Unvorstellbar, daß ein Mann mit solchen Standpunkten für die innere Sicherheit, für den Schutz der Verfassung und die Terrorismusbekämpfung zuständig sein soll.

Der SPD-Bundesgeschäftsführer spielt mit Gregor Gysi auf dem linken Flügel und strebt die Zusammenarbeit der SPD mit der PDS nach Sachsen-Anhalt auch in anderen Ländern an.

Einfach zu feige

Rolf Schwanitz, Schröders Wahl für den Aufbau Ost, war gleichzeitig eine Entscheidung gegen den stellvertretenden Bundesvorsitzenden Wolfgang Thierse. Wie wenig Schröder am Aufbau Ost interessiert ist, zeigte sein Fehlen bei der Bundestagsdebatte über den Aufbau Ost in der letzten Woche. Begründung: Er müsse sich auf eine Landtagssitzung vorbereiten – eine Sitzung, die es in dieser Woche gar nicht gegeben hat. Schröder war einfach zu feige.

Edelgard Bulmahn ist eine Verfechterin der Ausbildungsplatzabgabe und lehnt den Bau der Transrapidstrecke Hamburg–Berlin ab (Pressemitteilung der SPD-Bundestagsfraktion, 20. 5. 97). Mit solchen Auffassungen wird sie zum Bremsklotz für Bildung und Forschung in Deutschland.

Stollmann war gar nicht erst in Berlin. Von ihm ist ja auch bekannt, daß er weder von einem Bündnis für Arbeit etwas hält noch Betriebsräte mag. Wahlkampf wird mit ihm nicht stattfinden. In die SPD will er schon gar nicht, und überhaupt findet er die Leistungen von Helmut Kohl "phantastisch". Soviel Sachverstand war Schröder dann doch suspekt: Er verpaßte Stollmann einen Maulkorb.

Horror-Programm

Schröder will von dem rot-grünen Horror-Programm ablenken. Seine Schattentruppe soll dabei helfen. Jeder Wähler kann sie im Kopf um Trittin, Fischer und Höhn ergänzen. Dann weiß man, was uns blüht.

Generalsekretär Peter Hintze:

Schröders ungedeckte Wechsel

Zu den Versprechungs-Kärtchen für rot-grüne Drückerkolonnen

Der SPD-Kandidat – bislang schon als Impresario für medialen Budenzauber tätig – versucht sich neuerdings auch noch als Luftnummern-Akrobat: Ganz ungeniert läßt er unter seinem Namen reihenweise ungedeckte Wechsel auf eine rote Zukunft unters Wahlvolk streuen.

Mit unseriösen Taschenspielertricks schmückt Schröder sich mit fremden Federn und mischt unverfängliche Allgemeinplätze ("Arbeitslosigkeit kann man bekämpfen") mit schon verwirklichten Reformen der CDU-geführten Bundesregierung ("eigenständige Alterssicherung" für Frauen) zu einem Versprechungs-Kärtchen für rot-grüne Drückerkolonnen zusammen.

SPD-Luftnummer 1:

"Mehr Arbeitsplätze"

Zum Entsetzen der SPD hat der Aufschwung in Deutschland kräftig an Fahrt gewonnen. Die Wirtschaft wächst, die Beschäftigtenzahl steigt, und das Geld ist stabil. Die Sozialdemokraten haben sich mit der Blockade der Großen Steuerreform als Aufschwungbremser betätigt. Sie verdienen für ihre Verweigerungshaltung die rote Karte. Die CDU wird die Bundestagswahl zur Abstimmung über die Fortsetzung des Aufschwungs durch eine breite Steuerentlastung für Arbeitnehmer und Betriebe machen.

SPD-Luftnummer 2:

"Ausbildungsoffensive '99"

Wer der Politik der CDU-geführten Bundesregierung für mehr Lehrstellen – konsequente Modernisierung der Berufsbilder,
Kooperation mit der Wirtschaft, Verstärkung der Ausbildungsberatung und Förderung von Ausbildungsverbünden – lediglich einen neuen klangvollen Namen gibt,
bestätigt doch damit nur den erfolgreichen
Kurs der CDU!

SPD-Luftnummer 3:

"Chefsache Aufbau Ost"

Es waren der Fleiß, die Umstellungsbereitschaft und die Kreativität der Menschen in den neuen Ländern, die den Aufbau Ost zum Erfolg geführt haben. Bundeskanzler Helmut Kohl und die CDU-Ministerpräsidenten haben mit ihrer Politik die große Erfolgsgeschichte in den neuen Ländern möglich gemacht. Schröder hat bei der Deutschen Einheit versagt, wie sein schäbiges Nein zum Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion gezeigt hat.

SPD-Luftnummer 4:

"Deutschland als Ideenfabrik"

Schröder verspricht den Deutschen das Blaue vom Himmel. Seinen Niedersachsen hat er etwas ganz anderes eingebrockt: 1.300 Stellen bei den Hochschulen gestrichen, 3.000 Vollzeit-Lehrerstellen abgebaut und die Technologieforschung auf eine kaum erkennbare Größe zusammengeschrumpft. Seine Taten strafen seine Worte Lügen.

SPD-Luftnummer 5:

"Bekämpfung der Kriminalität"

Das fällt Herrn Schröder reichlich spät ein! Die CDU-geführte Bundesregierung hat nämlich in den letzten Jahren bereits umfassende Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung durchgesetzt, so beispielsweise das "Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität". Die SPD dagegen hat sich immer wieder aus rein parteitaktischen Gründen quergelegt. Als es um das Abhören von Schwerverbrechern ging, hat die SPD noch vor kurzem sogar zusammen mit der PDS die notwendigen Ausführungsgesetze bis zur Unkenntlichkeit verwässert. Im übrigen werden in SPD-regierten Bundesländern bei der Polizei immer mehr Stellen abgebaut. Niedersachsen hat seinem Verfassungsschutz sogar die Hälfte seiner Stellen gestrichen!

SPD-Luftnummer 6:

"Neuer Aufbruch für die Frauenpolitik"

Was Schröder über die berechtigten Anliegen der Frauen wirklich denkt, hat er bei der Vorstellung seiner Schattenmannschaft unverhohlen verkündet. Er sprach von der Zuständigkeit für "Frauen und das andere Gedöns". Kommentar überflüssig.

Nur zur Erinnerung, Herr Schröder: das Erziehungsgeld, die Wiedereinstellungsgarantie nach der Familienpause, die Anerkennung der Erziehungsleistung und ehrenamtlichen Pflege in der Rente, die Freistellungstage für die Pflege kranker Kinder, der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz sowie die rechtliche Gleichstellung von Vollzeit- und Teilzeitarbeit: alles schon verwirklicht von der CDU-geführten Regierung!

SPD-Luftnummer 7:

"Mehr Steuergerechtigkeit"

Aber, Herr Schröder: Haben Sie vergessen, daß es die SPD war, die Betrieben und Arbeitnehmern eine Steuerentlastung durch ihr Nein im Bundesrat verwehrt hat? Jede Familie hätte heute mehr Geld in der Tasche, wenn die SPD die Steuerreform nicht blockiert hätte.

SPD-Luftnummer 8:

"Bezahlbare Gesundheit"

In Deutschland gibt es Spitzenmedizin für jeden, unabhängig von seinem Einkommen. Zuzahlung für chronisch Kranke haben wir auf 1 Prozent des Einkommens begrenzt (bei 3.000 DM Einkommen sind das 30 DM). Für alle anderen ist die Zuzahlung auf 2 Prozent begrenzt. Wer wenig verdient, ist von der Zuzahlung befreit.

Für die Kosten des Zahnersatzes kann sich jeder junge Mensch eigenständig versichern. Die Pflichtversicherung wird dadurch schon vom Start an um eine halbe Milliarde DM entlastet. Gesundheit wird nicht dadurch bezahlbarer, daß man die Kosten erhöht.

SPD-Luftnummer 9:

"Mehr soziale Gerechtig-

keit (durch Rücknahme von Reformen) Sozial gerecht ist, was dazu beiträgt, die

Sozial gerecht ist, was dazu beiträgt, die Arbeitslosigkeit abzubauen.

 Bei einer Rücknahme der Rentenreform würde der Beitragssatz steigen, Arbeitge-

Wichtiger Erfolg für ostdeutsche Landwirte

Als wichtigen Durchbruch für die ostdeutsche Landwirtschaft bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen Unionsabgeordneten, Paul Krüger, die im EU-Agrarministerrat in Luxemburg ausgehandelte Verlängerung wichtiger EU-Sonderregelungen für die ostdeutsche Landwirtschaft.

Um jeweils weitere 2 Jahre verlängert werden sowohl die Befreiung von der 90-Rinder-Obergrenze je Betrieb bei der Zahlung von Sonderprämien als auch die Befreiung von der Pflicht zum Abbau von 150.000 ha befristet zugewiesener Grundflächen in den neuen Ländern im Rahmen der

Flächenstillegungen. Mit der Aufrechterhaltung dieser Sondervorteile für die ostdeutsche Landwirtschaft wird einerseits den agrarstrukturellen Besonderheiten insbesondere bei den Betriebsgrößen Rechnung getragen und andererseits ein erheblicher Beitrag zur weiteren Konsolidierung der ostdeutschen Landwirtschaft geleistet.

Krüger würdigte in diesem Zusammenhang den persönlichen Einsatz von Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert, der sich für die nachdrücklichen Forderungen der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten zu eigen gemacht und im EU-Agraministerrat als vorrangiges deutsches Anliegen durchgesetzt hatte.

ber und Arbeitnehmer würden stärker belastet und die Lohnzusatzkosten erhöht. Das wiederum würde Arbeitsplätze gefährden, statt neue zu schaffen.

- Die Anhebung des Schwellenwertes bei der Anwendung der Kündigungsschutzregelungen hat kleinen Unternehmen geholfen, flexibler auf Auftragsschwankungen zu reagieren. Vor allem aber wurde damit ein wesentliches Einstellungshemmnis abgebaut. Wer diese Änderungen zurücknimmt, betreibt Politik gegen die Arbeitslosen: Kleine Betriebe würden wieder verstärkt dazu übergehen, Überstunden arbeiten zu lassen, statt neue Mitarbeiter einzustellen - nur um zu verhindern, daß komplizierte Kündigungsschutzregelungen eingehalten, hohe Abfindungen gezahlt und Gerichtsverfahren geführt werden müssen. Also nicht mehr Schutz, sondern mehr Arbeitsplatzunsicherheit!
- Durch die Begrenzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auf 80 Prozent konn-

ten etwa 15 Milliarden DM eingespart werden. Dies hat die Unternehmen entlastet und Arbeitsplätze gesichert. Wer diese Begrenzung zurücknimmt, schadet den Betrieben, gefährdet bestehende und verhindert die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

SPD-Luftnummer 10:

"Schröder"

Das zehnte SPD-Versprechen hat Drohungscharakter. Schröder kündigt sich selber an. Mit ihm im Geleitzug Oskar Lafontaine als Angriff auf unsere Finanzen,
Otto Schily als Risiko für die innere Sicherheit und Jost Stollmann als Zeichen
für Irrationalität in der Politik. Grenzenlose Naivität in Verbindung mit sozialdemokratischen Altfunktionären und grünen
Ideologen ist eine hoch gefährliche Mischung für Deutschland. Unter Schröder
würde Deutschland aus der Weltspitze heraus in die Drittklassigkeit zurückfallen.

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit

Erklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl anläßlich des achten Jahrestages der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion am 1. Juli:

Heute jährt sich zum achten Mal der Tag, an dem die innerdeutsche Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft trat. Der 1. Juli 1990 war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Deutschen Einheit. Für die Menschen in Deutschland wurde damit – in wichtigen Bereichen ihres täglichen Lebens – die Einheit bereits erlebbare Wirklichkeit.

In den vergangenen acht Jahren sind wir gemeinsam beim Aufbau in den neuen Ländern weit vorangekommen. Ausländische Besucher – so zuletzt der amerikanische Präsident Bill Clinton – sprechen mit Hochachtung von dem Aufbauwerk der Deutschen. Die Erfolge sind vor allem den Menschen vor Ort zu verdanken, die angepackt und Großartiges geleistet haben. Der Dank für das Erreichte gilt aber auch den Menschen in den alten Bundesländern für ihre solidarische Unterstützung.

Der Aufbau Ost behält für die Bundesregierung auch in den kommenden Jahren absolute Priorität. Wir werden das Aufbauwerk mit aller Kraft weiter voranbringen. Dafür stehe ich auch ganz persönlich ein.

Sichtbar aufgeblüht

Generalsekretär Peter Hintze zum achten Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion:

Der 8. Jahrestag der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion ist ein Anlaß zu großer Freude. In den letzten acht Jahren haben die Menschen in den neuen Ländern mit einer großartigen Umstellungsleistung, mit Fleiß und Kreativität eine Aufbauleistung vollbracht, die in der Welt einmalig ist. Die neuen Länder sind sichtbar aufgeblüht. Sie entwickeln sich zur modernsten Region Europas.

Helmut Kohl und die CDU-Ministerpräsidenten haben die politischen Voraussetzungen dafür geschaffen, daß diese Erfolgsgeschichte möglich wurde. Für die CDU behält der Aufbau Ost weiterhin absolute Priorität. Der Jahrestag gibt auch Anlaß zum Rückblick auf die Zeit vor 1990, als die SED-Diktatur die Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen ausbeutete. Der Jahrestag ist eine Mahnung, daß nie wieder Sozialisten in Deutschland das Sagen bekommen dürfen.

PDS: eine Organisation zum Scheitern der Einheit

Der Handschlag zwischen SPD und PDS in Sachsen-Anhalt läßt Schlimmes befürchten. Die PDS ist eine Organisation zum Scheitern der Deutschen Einheit und eine Phalanx gegen das Wertesystem der Sozialen Marktwirtschaft.

Der Jahrestag erinnert auch an das schäbige Verhalten von SPD-Chef Oskar Lafontaine und SPD-Kandidat Gerhard Schröder, die im Jahre 1990 bei diesem Werk der Einheit mit Nein gestimmt haben. Sie haben damit das moralische Recht verwirkt, sich um ein Amt im vereinten Deutschland zu bewerben.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Der EURO ist die Antwort Europas auf die Globalisierung

Dies ist ein großer Tag für Europa, für Deutschland und für die Stadt Frankfurt am Main. Die Errichtung der Europäischen Zentralbank ist ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der europäischen Einigung. Am 1. Juni wurde die Europäische Zentralbank offiziell gegründet. Ich bin sicher, daß es Ihnen allen gelingen wird, die neue europäische Währung, den EURO, durch Ihre Arbeit zu einer starken, stabilen und sicheren Währung zu machen.

Die europäische Einigung ist ein Glücksfall der Geschichte unseres Kontinents. Dies gilt vor allem für unser Land, für Deutschland, als Land in der Mitte Europas mit den längsten Grenzen und den meisten Nachbarn. Ohne die Einigung Europas wäre die Deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Dafür sind wir dankbar. Die europäische Einigung ist für uns Deutsche bleibende Verpflichtung.

Zugleich ist der Bau des Hauses Europa die beste Garantie für Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert. Die Einführung des EURO ist ein säkulares Ereignis, das das Gesicht unseres Kontinents im nächsten Jahrhundert entscheidend prägen wird.

Kinder wachsen im Bewußtsein auf,

- daß sie nach menschlichem Ermessen ihr ganzes Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand verbringen können,
- daß die Grenzen in Europa ihren Charakter als trennende Grenzen verloren haben und sie überall in Europa Freunde finden können,
- daß sie künftig von Helsinki bis Madrid mit einer Währung bezahlen werden.

Mit dem EURO wird sich ein ganz neues Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickeln. Europa wird so für die Menschen ganz konkret erfahrbar. Währungen waren schon immer mehr als bloßes Geld oder nur ein Zahlungsmittel. Sie waren und sind immer auch ein Stück kultureller Identität und ein Gradmesser politischer Stabilität.

Die Einführung des EURO wird auch der Fortentwicklung der Politischen Union

Aus dem Grußwort von Bundeskanzler Helmut Kohl anläßlich des Festakts zur Errichtung des Europäischen Systems der Zentralbanken am 30. Juni in Frankfurt am Main

neuen Auftrieb geben. Ich bin mir sicher, daß die morgen beginnende österreichische Ratspräsidentschaft hierzu weitere Impulse geben wird.

Für die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 steht eine Vielzahl entscheidender Weichenstellungen an. Wir haben uns vorgenommen, Europa in dieser Zeit – gemeinsam mit unseren europäischen Partnern – ein gutes Stück voranzubringen. Dies gilt insbesondere für die dann anstehenden Entscheidungen zur Agenda 2000.

Wir müssen uns ebenfalls unter deutschem Vorsitz – anknüpfend an die Debatte beim Europäischen Rat in Cardiff – intensiv der Frage der künftigen Entwicklung des europäischen Einigungsprozesses widmen. Wir werden dies vor allem auch mit Blick auf die konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips und die notwendigen institutionellen Reformen tun. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der anstehenden Erweiterung der EU nach Osten und Südosten ein wichtiges Thema.

Die gemeinsame europäische Währung ist von grundlegender wirtschaftlicher Bedeutung für Europa. Zwischen den teilnehmenden Währungen bestehen künftig keine Wechselkursschwankungen mehr. Dies erhöht die Planungssicherheit für Investitionen. Der Handel wird zunehmen. Dies kommt der Wirtschaftsentwicklung in unseren Ländern zugute.

Unbestritten ist, daß der EURO kein Patentrezept ist, mit dem die Arbeitsmarkt-Probleme in vielen Ländern Europas quasi über Nacht gelöst werden können. Hierzu bedarf es – nicht zuletzt auch bei uns in Deutschland – noch größerer Flexibilität am Arbeitsmarkt und weiterer struktureller Reformen und Veränderungen. Wenn jeder von uns seine nationalen Hausaufgaben macht, eröffnet der EURO die große Chance für neue wirtschaftliche Dynamik, für dauerhaftes Wachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert.

Mit der EURO-Zone entsteht ein einheitlicher Markt mit gemeinsamer Währung für zunächst 300 Millionen Menschen und einem Anteil von rund 20 Prozent am Welteinkommen – dies ist vergleichbar mit dem Anteil der USA. Ich gehe davon aus, daß die EURO-Zone in den kommenden Jahren durch den Beitritt weiterer Länder noch wichtiger wird.

Der EURO ist eine der wichtigen Antworten Europas auf die Globalisierung, den immer schärferen weltweiten Standortwettbewerb zwischen Staaten und Regionen. Ein stabiler EURO hat gute Chancen, eine ernstzunehmende Alternative zum

US-Dollar als Weltwährung zu werden. Angesichts der aktuellen Schwierigkeiten in Asien erkennen viele Investoren aus aller Welt die Vorzüge Europas und legen ihr Geld trotz niedriger Zinsen im "sicheren Hafen" des EURO-Raumes an. Die internationale Finanzwelt hat großes Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung – und das schon ein halbes Jahr vor ihrer Einführung.

Das Vertrauen in die Stabilität des EURO ist vollauf gerechtfertigt! Wir haben die Einführung des EURO über einen Zeitraum von zehn Jahren sorgfältig vorbereitet. Wir haben wichtige Voraussetzungen dafür getroffen, daß der EURO eine dauerhaft stabile Währung wird:

- Bei der Auswahl der Teilnehmerstaaten Anfang Mai haben wir strikt auf die vertragsmäßige Einhaltung der Konvergenzkriterien geachtet.
- Damit die Haushaltsdisziplin auch nach Beginn der Währungsunion gewährleistet ist, haben wir zusätzlich den Stabilitätsund Wachstumspakt beschlossen.
- Die Europäische Zentralbank, deren Gründung wir heute feiern, ist nach bewährtem Vorbild unabhängig und zuallererst der Sicherung der Geldwertstabilität verpflichtet.

In Europa hat sich zudem bereits in den letzten Jahren eine beispiellose Stabilitätskultur entwickelt, die noch vor zehn Jahren niemand für möglich gehalten hätte.

Ich bin sicher, daß der EURO zu einer ähnlichen Erfolgsgeschichte wird wie die D-Mark, deren Einführung vor fünfzig Jahren wir Deutsche uns vor wenigen Tagen erinnert haben. Gerade für uns als Exportnation liegt die Einführung der gemeinsamen Währung im ureigenen Interesse.

Als Hüterin der Stabilität der neuen Währung kommt der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main eine große Verantwortung zu.

Die Ernennung des Standortbeauftragten ist ein großer Erfolg für die Union

Zur Ernennung von Hilmar Kopper, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden und heutigen Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutsche Bank AG, zum Beauftragten für Auslandsinvestitionen in Deutschland erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die Investitionsbedingungen am Wirtschaftsstandort Deutschland haben sich durch die erfolgreichen Reformen der Koalition erheblich verbessert. Deutschland ist drittstärkste Wirtschafts- und zweitstärkste Exportnation der Welt. Die CDU/CSU-Fraktion hat mit ihren Initiativen zur Verbesserung der Investitions- und Beschäftigungsbedingungen in Deutschland erheblich zu einer dauerhaften Verbesserung der Rahmenbedingungen beigetragen.

Hervorragender Experte

Im Ausland haben sich die positiven Investitionsbedingungen in Deutschland häufig nur unzureichend herumgesprochen. Es ist unzweifelhaft, daß mit der vom Bundestag beschlossenen, vom Bundesrat aber abgelehnten großen Steuerreform die Standortbedingungen noch weiter verbessert werden können. Dennoch sprechen bereits heute viele Gründe für eine Investition aus dem internationalen Bereich in Deutschland. Mit Hilmar Kopper, dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank AG,

wurde jetzt eine hervorragende Persönlichkeit gewonnen, um als herausgehobener zentraler Ansprechpartner für wichtige potentielle ausländische Investoren in Deutschland zur Verfügung zu stehen. Hilmar Kopper wird die positiven Investitionsbedingungen am Standort Deutschland aus unternehmerischer Sicht darstellen und seinen Gesprächspartnern glaubwürdig und mit abgewogenem Urteil vermitteln. Er wird in Berlin ein eigenes Büro einrichten und eng mit der Bundesregierung, den Bundesländern, den Wirtschaftsförderungsgesellschaften und den in- und ausländischen Kammern zusammenarbeiten. Die konkrete Projektrealisierung der Investitionen wird weiterhin Aufgabe der Länderwirtschaftsfördergesellschaften bleiben. Auch wird die für die neuen Bundesländer geschaffene Industrial-Investment-Council GmbH mit ihren spezifischen, wichtigen Aufgaben für die neuen Bundesländer fortgeführt.

Initiative der CDU/CSU

Die Ernennung des Standortbeauftragten geht auf eine Initiative der CDU/CSU-Fraktion zurück. Diese Initiative hat zugleich zu einer wesentlich stärkeren Koordinierung und Hervorhebung der Investitionsförderung bei allen beteiligten Trägern und Institutionen der Wirtschaftsförderung geführt. Wir wünschen Hilmar Kopper bei seiner wichtigen Aufgabe viel Erfolg.

Durchbruch bei der Vermögensbildung: Erfolg für die Arbeitnehmer

Zum Erfolg der Union im Vermittlungsausschuß zur Verbesserung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Die SPD hat im Vermittlungsausschuß der geplanten deutlichen Verbesserung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand nach langen Verhandlungen zugestimmt. Wie schon bei der großen Steuerreform sind wir der SPD im Vermittlungsausschuß entgegengekommen und haben Kompromißvorschläge unterbreitet. Während die SPD die Steuergespräche im letzten Jahr noch aus wahltaktischen Gründen scheitern ließ, hat sie sich dies so kurz vor der Wahl bei der Verbesserung der Vermögensbildung nicht mehr getraut. Zu offensichtlich wäre wohl der Betrug an den Arbeitnehmern gewesen.

Die Koalition ist der SPD im Vermittlungsausschuß in allen tragbaren Punkten entgegengekommen, beim Insolvenzschutz wie auch bei der Ostförderung. Mit diesem Gesetz wird der Durchbruch zu einer Gesellschaft der Teilhaber im Sinne Ludwig Erhards möglich. Mit ihm können die Tarifpartner den gordischen Knoten verteilungspolitisch motivierter Umverteilung bei Tarifverhandlungen durchschneiden

Wie sehen die Verbesserungen für die Arbeitnehmer im einzelnen aus?

• Anhebung der für die Sparzulage maßgeblichen Einkommensgrenzen von 27.000/ 54.000 DM für Alleinstehende/ Verheiratete auf 35.000/70.000 DM zu versteuerndes Einkommen: Damit weiten wir den Begünstigtenkreis auf Arbeitnehmer mit einem Bruttolohn von bis zu 40.996/80.046 DM aus.

- Besondere Förderung der Beteiligung am Produktivvermögen: Zusätzlich zum bestehenden Förderhöchstbetrag von 936 DM, der zukünftig für das Bausparen reserviert wird, gibt es ab 1. 1. 1999 einen zusätzlichen Förderkorb für Beteiligungen am Produktivvermögen in Höhe von jährlich 800 DM. Damit erreichen wir, daß das zulagengeförderte Sparvolumen des einzelnen Arbeitnehmers von derzeit 936 DM auf 1.736 DM nahezu verdoppelt wird.
- Anhebung des Fördersatzes für innerund außerbetriebliche Beteiligungen am Produktivvermögen auf 20 Prozent im Westen und 25 Prozent in den neuen Ländern: Damit geben wir den Arbeitnehmern besondere Anreize, sich am Produktivvermögen zu beteiligen. Arbeitnehmer, die beide Förderbereiche voll nutzen, werden für ihre Sparanstrengungen mit einem deutlichen Anstieg der staatlichen Sparzulage von z. Zt. jährlich 93,60 DM auf 253,60 DM in Westdeutschland bzw. 293.60 DM im Osten belohnt.
- Insolvenzschutz für Arbeitnehmer, die sich am eigenen Unternehmen beteiligen: Für Arbeitnehmerdarlehen gibt es bereits heute einen Insolvenzschutz. Sie sind bereits nach geltendem Recht durch ein Kreditinstitut oder ein Versicherungsunternehmen abzusichern. Für Mitarbeiterbeteiligungen hat der Arbeitgeber zukünftig in Zusammenarbeit mit dem Arbeitnehmer Vorkehrungen zur Absicherung der angelegten vermögenswirksamen Leistungen zu treffen. Nach drei Jahren soll die Wirksamkeit dieser Regelung überprüft werden. Damit ist angelehnt an die Insolvenzschutzregelung im Arbeitszeitflexi-

bilisierungsgesetz (genau: Gesetz zur sozialrechtlichen Absicherung flexibler Arbeitszeiten) vom 6. April 1998 – eine marktwirtschaftliche Lösung gefunden worden, die die Verantwortung dorthin legt, wo sie hingehört, nämlich in die Hände der Tarifparteien.

• Konsequente Ausweitung des Katalogs der geförderten Anlageformen um neue Formen der Produktivkapitalbeteiligung, wie z. B. gemischte Fonds und Dachfonds. Für die Förderung ist es unerheblich, ob die

Beteiligungen am Produktivvermögen auf individueller Basis, auf einzelvertraglichen, betrieblichen oder tarifvertraglichen Vereinbarungen beruhen. Damit wird sichergestellt, daß auch die Vermögensbildung nicht-tarifgebundener Arbeitnehmer gefördert wird ein Gebot der Gerechtigkeit. Nach unserer Neuregelung wird eine staatliche Förderung auch dann geleistet, wenn die Tarifpartner die Verwendung vermögenswirksamer Leistungen auf Beteiligungen und auf das Bausparen konzentrieren. Wir möchten die Tarifpartner mit dieser Erweiterung nachhaltig ermutigen, sich dieses Themas anzunehmen und so die Idee einer investiven Verwendung des Lohnes voranzutreiben. Dabei ist es für uns wichtig, daß innerhalb der Anlagearten die Wahlfreiheit der Arbeitnehmer bezüglich Anlageart und -institut gegeben ist. Hier muß Wettbewerb herrschen, um eine wirklich ertragsorientierte Anlage der Spargelder im Interesse der Arbeitnehmer zu sichern.

Als großen Sieg der Vernunft

hat Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), den Durchbruch bei der Vermögensbildung bezeichnet:

Der Vermittlungsausschuß hat den Weg für das 3. Vermögensbildungsgesetz freigemacht. Dies ist ein erster wichtiger Schritt in eine vermögenspolitische Offensive. Dies ist auch ein großer Sieg für die christlich-sozialen Verbände, die sich mit ihrer Kampagne "Investivlohn jetzt", die 1997 gestartet wurde, endgültig durchgesetzt haben. Nun liegt es an den Tarifparteien, mit der neuen Vermögensbildung eine langfristig beschäftigungsorientierte Tarifpolitik zu entwickeln.

Die Entscheidung ist auch ein großer Erfolg für die Bundesregierung. Ihr Konzept wurde mit wenigen Änderungen vom Bundesrat akzeptiert. Bei der SPD hat sich doch die Vernunft durchgesetzt. Eine Ablehnung hätte sie den Arbeitnehmern nicht vermitteln können.

Bundeswehr beruft 29 200 Wehrpflichtige ein

Zum Diensteintrittstermin 1. Juli werden rund 29 200 grundwehrpflichtige junge Männer einberufen. Etwa drei Viertel von ihnen werden ihren Dienst beim Heer ableisten, die übrigen bei Luftwaffe und bei der Marine.

Unter den Einberufenen sind zirka 17 300, also rund 60 Prozent, Abiturienten oder Fachoberschulabsolventen, die ihren Wehrdienst vor einer weiteren beruflichen Ausbildung oder vor dem Studium leisten. 2 300 arbeitslose Wehrpflichtige hatten ihre Heranziehung zum Grundwehrdienst ausdrücklich gewünscht, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt damit zu verbessern. Mehr als ein Drittel, nämlich 10 300 junge Männer, kommen aus den neuen Bundesländern, 5 400 von ihnen werden ihren Wehrdienst in den alten Bundesländern leisten.

CDU setzt sich durch – SPD rudert zurück!

Zum Erfolg der Koalition im Vermittlungsausschuß, die Steuerbefreiung zulassungsfreier Fahrzeuge wieder einzuführen, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik

Es ist geschafft: Die SPD hat im Vermittlungsausschuß entgegen ihrem Bundesratsantrag darauf verzichtet, das Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz "grundlegend zu überarbeiten". Nach mehreren vergeblichen Anläufen ist es uns gelungen, die SPD dazu zu bewegen, eine wirtschaftsfeindliche Regelung rückgängig zu machen.

Die Aufhebung der Steuerbefreiung für zulassungsfreie, selbstfahrende Arbeitsmaschinen, Leichtkrafträder sowie Spezialanhänger zur Beförderung von Sportgeräten oder Tieren für Sportzwecke wurde im Rahmen des Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetzes 1997 beschlossen, das am 24. April 1997 in Kraft getreten ist. Die Aufhebung der Steuerbefreiung ist auf Drängen der Bundesländer zustande gekommen, denen das Aufkommen der Kraftfahrzeugsteuer zufließt. Zur Begründung hat der Bundesrat ausgeführt, daß nur durch eine Einschränkung der Steuerfreiheit für zulassungsfreie Fahrzeuge die steuerliche Gleichbehandlung wirtschaftlich und verkehrsrechtlich gleichartiger Tatbestände gewährleistet sei.

Insbesondere wegen der von der Bauwirtschaft vorgetragenen nachteiligen Folgen aufgrund der Besteuerung selbstfahrender Arbeitsmaschinen hat der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages mit den Stimmen der CDU/CSU und FDP dem Deutschen Bundestag empfohlen, die Aufhe-

bung der Steuerbefreiung zurückzunehmen. Dies sollte zunächst im Rahmen des Steuerreformgesetzes 1998 rückwirkend geschehen. Der Deutsche Bundestag hat das Steuerreformgesetz in zweiter/dritter Lesung mit dieser Änderung am 26. Juni 1997 gegen die Stimmen der SPD beschlossen. Leider hat die SPD-Mehrheit im Bundesrat das Zustandekommen dieses Gesetzes verhindert. Damit konnte auch die Aufhebung der Steuerbefreiung nicht bereits 1997 wieder rückgängig gemacht werden.

Erst jetzt, kurz vor der Bundestagswahl, hat die SPD der rückwirkenden Wiederherstellung der Steuerbefreiung für zulassungsfreie Fahrzeuge zugestimmt, um dem Vorwurf zu entgehen, erneut ein sinnvolles Gesetzesvorhaben zu blockieren. Zukünftig werden damit selbstfahrende Arbeitsmaschinen, wie z. B. Bagger, wieder von der Kfz-Steuer befreit. Arbeitsplätze werden dadurch gesichert, denn die Bauwirtschaft wird in einem Umfang von rd. 130 Millionen DM jährlich entlastet. Der Sturmlauf der Wirtschaftsverbände gegen die ursprünglich von der SPD beabsichtigte Beibehaltung der Steuerpflicht hat ebenfalls Wirkung gezeigt.

Entlastung um 40 Mio. DM

Mit ihrem Zurückrudern folgt die SPD vollständig dem Anliegen der Koalition. Die gleichzeitige Rücknahme der Kfz-Steuerpflicht bei Sportanhängern sowie bei Klein- und Leichtkrafträdern entlastet diese Gruppe um rd. 40 Millionen DM. Damit werden ungerechtfertigte Härten bei gemeinnützigen Sportvereinen ausgeglichen, die Spezialanhänger zum Transport von Sportgeräten und Tieren nutzen.

Vermögensabgabe für Aufbau Ost ist der der falsche Weg

Zur Ankündigung der Sprecherin der Grünen, Gunda Röstel, eine neue Vermögensabgabe einzuführen, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Die Ankündigung der Sprecherin der Grünen, Gunda Röstel, eine Vermögensabgabe neu einzuführen, um den Aufbau Ostdeutschland zu finanzieren, ist strikt zurückzuweisen. Diese Abgabe würde einen Rückschlag für die wirtschaftliche Entwicklung bedeuten, der stärker sein wird als mögliche positive Effekte aus zusätzlichen Födermaßnahmen. Denn diese neue Abgabe ist in Verbindung zu sehen mit der im Parteiprogramm der Grünen erhobenen Forderung, die Vermögensteuer wieder einzuführen. Vermögensausgabe und Vermögen-

steuer zusammen würden bis zu 3.5 %

des Vermögens bedeuten. Da eine Kapitalmarktrendite von nur 5 %, d. h. nach Steuern 2,5 % erzielt werden kann, verringert sich das Vermögen jedes Jahr um 1 %. Die Politik der Grünen hat den Charakter einer schleichenden Enteignung. Um sich dieser Enteignung zu entziehen, würde das Kapital ins Ausland verlagert werden mit allen negativen Effekten auf Investition, Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung in ganz Deutschland. Darunter würde der Aufbau Ostdeutschlands ganz besonders leiden. Deswegen: Wer es ernst meint mit dem Aufschwung in den neuen Bundesländern und nicht nur Neidgefühle ansprechen möchte, muß dem Vorhaben der Grünen nach Einführung einer Vermögensabgabe und der zusätzlichen Einführung der Vermögensteuer strikt entgegentreten.

CDU Hessen rügt SPD-Kirchenpapier

Die Verfolgung "antichristlicher und kirchenfeindlicher Pläne" hat die CDU-Opposition im Wiesbadener Landtag der hessischen SPD vorgeworfen.

So sei es als regelrechte "Kampfansage gegen die Kirche" zu werten, wenn aus dem SPD-Bezirk Hessen-Süd die Abschaffung des Religionsunterrichts an den Schulen, die Auflösung der theologischen Fakultäten an den Hochschulen sowie der Abbau von kirchlichen Kindergärten gefordert werde, kritisierte der parlamentarische

Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Franz Josef Jung.

Jung und der Leiter des CDU-Arbeitskreises Kirchen, Norbert Kartmann, bezogen sich dabei auf ein Papier der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im SPD-Bezirk Hessen-Süd, das sich mit Vorschlägen für eine modernisierte hessische Verfassung beschäftigt. Nach Ansicht der Unionspolitiker gehört dieses Dokument einer "radikalen Kirchenfeindlichkeit sofort in den Reißwolf".

Niemand wird finanziell überfordert

In der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es sogenannte Härtefallregelungen, die dafür sorgen, daß niemand aus finanziellen Gründen auf Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen verzichten muß und daß niemand durch Zuzahlungen unzumutbar finanziell belastet wird.

30 Prozent aller Versicherten, das sind 21,4 Millionen Menschen, sind heute bereits grundsätzlich von Zuzahlungen befreit.

Wer gehört dazu?

• Versicherte mit geringem Einkommen. Wer 1998 monatlich über weniger als 1.736 DM (West) und 1 456 DM (Ost) Bruttoeinkommen verfügt, ist von den Zuzahlungen zu Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, Fahrkosten sowie zu stationären Vorsorge- und Rehabilitationskuren vollständig befreit.

Für ein Ehepaar liegt die Grenze bei 2 387 DM (West) beziehungsweise 2 002 DM (Ost), für ein Ehepaar mit einem Kind bei 2 821 DM (West) beziehungsweise 2 366 DM (Ost). Für jeden weiteren Angehörigen kommen 434 DM (West) beziehungsweise 364 DM (Ost) hinzu. (Für Arzneiund Verbandmittel gelten in den neuen Ländern die gleichen Härtefallgrenzen wie in den alten Ländern)

- Vollständig befreit ist auch, wer laufende Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Arbeitslosenhilfe oder Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz oder von der Bundesanstalt für Arbeit erhält.
- Befreit ist ebenfalls, wer in einem Heim oder einer ähnlichen Einrichtung von der Sozialhilfe oder der Kriegsopferfürsorge versorgt wird.
- Kinder unter 18 Jahren brauchen

ebenfalls keine Zuzahlungen für Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel und bei stationären Vorsorge- und Rehabilitationskuren sowie für den Krankenhausaufenthalt zu bezahlen.

Besondere Regelungen gelten für chronisch Kranke: Chronisch Kranke, die bereits ein Jahr lang Zuzahlungen bis zur Belastungsgrenze aufgebracht haben, brauchen später nicht mehr als 1 Prozent ihres Familienbruttoeinkommen zuzuzahlen.

Grundsätzlich gilt:

- Kein Versicherter muß mehr als 2 Prozent seines Jahresbruttoeinkommens an Eigenbeteiligungen für Arznei-, Verbandund Heilmittel sowie Fahrkosten leisten.
- Die Zuzahlungen beim Krankenhausaufenthalt einschließlich Anschlußrehabilitation sind auf höchstens 14 Tage im Jahr begrenzt.
- Beim Zahnersatz gibt es eine gleitende Härtefallregelung. Die Krankenkasse erstattet maximal einen Betrag in Höhe des zweifachen Festzuschusses.

Was müssen Sie tun?

Bei regelmäßig anfallenden Zuzahlungen kann die Rückerstattung monatlich oder vierteljährlich erfolgen. Sonst gilt für die Abrechnung der Zuzahlungen das Kalenderjahr. Die Entscheidung über den Abrechnungszeitpunkt liegt bei den einzelnen Krankenkassen.

Wer von Zuzahlungen befreit ist, kann von der Krankenkasse eine Befreiungsbescheinigung erhalten. In Apotheken gibt es Hefte, in denen die Zuzahlungen quittiert werden können.

Bei allen Fragen zu Zuzahlungen wenden Sie sich bitte an Ihre Krankenkasse.

non y	Zuzahlungen auf einen Blick	uf einen Blick	in the second se
Krankenkassenleistungen	West	Ost	Befreiungsmöglichkeiten
Arzneimittel	DM 9,- DM 11,- DM 13,- je Medikament gestaffelt nach Packungsgröße	DM 9,- DM 11,- DM 13,- je Medikament gestaffelt nach Packungsgröße Es gilt die Sozialklausel West	a) Sozialklausel b) Überforderungsklausel • 2% • für Dauerkranke 1% c) Kinder
Verbandmittel	DM 9,- für jedes Mittel	DM 9,- für jedes Mittel Es gilt die Sozialklausel West	a) Sozialklasel b) Überforderungsklausel • 2% • für Dauerkranke 1% c) Kinder
Fahrtkosten • zu und von stationären Behandlungen • zur ambulanten Behandlung, wenn dadurch eine Krankenhausbe- handlung vermieden wird • bei einem Transport in Rettungsfahrzeugen oder Krankenwagen	DM 25,- pro Fahrt	DM 25,- pro Fahrt	a) Sozialklasel b) Überforderungsklausel • 2% • für Dauerkranke 1%
Heilmittel (z. B. Massagen, Krankengymnastik) auch bei Abgabe in der Arztpraxis	15 % der Kosten	15 % der Kosten	a) Sozialklasel b) Überforderungsklausel • 2% • für Dauerkranke 1% c) Kinder

のながない。当のは、アンスの	Zuzahlungen auf einen Blick	uf einen Blick	La historia de la compania del compania de la compania de la compania del compania de la compania del compania de la compania del com
Krankenkassenleistungen	West	Ost	Befreiungsmöglichkeiten
Hilfsmittel: Bandagen Einlagen, Kompressions- therapie	20 % der Kosten, die die Krankenkasse übernimmt	20 % der Kosten, die die Krankenkasse übernimmt	a) Sozialklausel c) Kinder
Krankenhausbehandlung	DM 17,- pro Kalender für höchstens 14 Tage	DM 17,- pro Kalender für höchstens 14 Tage	Keine Härtefallregelung Kinder befreit
Ambulante wohnortnahe Rehabilitation (Komplex- leistung <u>ohne</u> Indikationen- katalog der Spitzenverbände	Zuzahlung für Arznei- und Verbandmittel, Fahrtkosten, Heilmittel, siehe jeweils oben	Zuzahlung für Arznei- u. Verbandmittel, Fahrt- kosten, Heilmittel, Hilfs- mittel s. jeweils oben	siehe oben bei den einzelnen Leistungen
Ambulante wohnortnahe Rehabilitation (Komplex- leistung <u>mit</u> Indikationen- katalog der Spitzenverbände	Zuzahlung höchstens wie bei stationärer Anschlußrehabilitaion	Zuzahlung höchstens wie bei stationärer Anschlußrehabilitation	siehe unten
Stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	DM 25,- pro Kalendertag	DM 20,- pro Kalendertag	a) Sozialklausel c) Kinder
Anschlußrehabilitation einschließlich stationärer Rehabilitationsmaßnahmen mit Indikationenkatalog	DM 17,- pro Kalendertag höchstens 14 Tage	DM 14,- pro Kalendertag höchstens 14 Tage	a) Sozialklausel c) Kinder
Mütterkuren	DM 17,- pro Kalendertag	DM 17,- pro Kalendertag	a) Sozialklausel c) Kinder
Zahnersatz: Es gelten einheitliche Festzuschüsse	Der Versicherte zahlt die gesanmte Rechnung und erhält von der Krankenkasse einen Festzuschuß (ggf. mehrer Festzuschüßse)	gesanmte Rechnung enkasse einen er Festzuschüsse)	a) Sozialklausel b) gleitende Über- forderungsklausel

st ein ausländerfeindlicher Rassist, wer beschließt, Scheinasylanten die Leistungen zu kürzen? Sind Parlament und Regierende komplett zu Nationalegoisten geworden, weil sie das Asylbewerberleistungsgesetz ändern? Den Eindruck könnte man fast bekommen, wenn man sich anhört, welche großen Worte in den vergangenen zehn Tagen gefallen sind. Da hieß es, die Bundesregierung betreibe eine "Politik des Spaltens" und mache "Wahlkampf auf Kosten der Migranten", sie trage daher die Schuld an einem wachsenden Rassismus,

Nun ist es offenkundig, wer so redet, weiß nicht viel von den Deutschen und erst recht nichts von der deutschen Politik. Solche Sprüche könnte man dann auch getrost als wahltaktisches Geplänkel grüner

Utopisten und dunkelroter Altkommunisten abtun, bestünde nicht die Gefahr, daß sie das Image unseres Landes im Ausland nachhaltig beschädigen. Deshalb sollten wir

gerade im politisch empfindlichen Bereich der Ausländer- und Asylpolitik bei den Tatsachen bleiben.

Wir alle kennen ganz genau die Verpflichtungen, die uns in der Nachkriegszeit gegenüber unseren Partnern in aller Welt erwachsen sind. Wir haben die Aufbauhilfe nicht vergessen, die wir von den fleißigen Gastarbeitern aus vielen europäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg bekommen haben. Sie halfen unserer Industrie, so schnell wieder auf die Beine zu kommen, daß man in der ganzen Welt staunend von einem "Wirtschaftswunder" sprach. Viele Millionen von ihnen haben wir in 49 Jahren Bundesrepublik in unser Land eingegliedert. Sie haben uns nicht nur materiell, sondern auch geistig und kulturell bereichert.

Die Bundesregierung hat diese Politik der Integration auch in den neunziger Jahren energisch fortgeführt. Sie hatte maßgeblichen Anteil an der Einführung der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union. Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen und der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß die nationalen Grenzen im Europa des nächsten Jahrtausends eine immer geringere Rolle spielen werden. Davon provitieren wir alle – die ständig steigende Zahl der ins Ausland reisenden Deutschen beweist es und belegt zugleich, wie begierig die Bundesbürger sind, andere Länder und fremde Menschen kennenzulernen. Betrachten wir nur das deutsch-französische Verhältnis. Aus

"Kein Land der Welt kennt ein Wirtschaftsasylrecht"

Die Legende von der ausländerfeindlichen Regierung Von Regierungssprecher Otto Hauser

früheren Feinden sind erst gute Nachbarn und dann Freunde geworden.

Wir erinnern uns natürlich auch an die humanitäre Hilfe, die unserem Land durch
die Pakete von Care und die Aufbauprogramme insbesonderer unserer amerikanischen Freunde zuteil geworden ist, als das
Land nach dem Krieg eine wirtschaftlich
und politisch schwere Zeit durchmachen
mußte. Dies verpflichtet uns – der Bundeskanzler hat auf dem Bremer Parteitag
daran erinnert – als eines der reichsten
Länder der heutigen Zeit, unsererseits im
Bedarfsfall anderen Hilfe zu gewähren.

Die Bundesregierung hat dies immer wieder getan. Während der Bosnienkrise etwa wurden in Deutschland mehr Flüchtlinge aufgenommen als von allen anderen Staa-

ten zusammen. Die Asylrechtsregelungen der Bundesrepublik zählen auch nach den dringend erforderlichen Korrekturen der vergangenen Jahre noch immer zu den großzügigsten in Europa und weltweit. Das bedeutet immerhin, daß wir dem Steuerzahler jedes Jahr viel Geld für den Unterhalt der bei uns aufgenommenen Asylbewerber abverlangen.

Diese Tatsachen machen aber auch deutlich, daß unsere Leistungsfähigkeit nicht unbegrenzt sein kann. Auch wenn einige es sich anders wünschen würden: Kein Land der Welt kennt ein Wirtschaftsasylrecht; auch Deutschland nicht. Wir können angesichts nach wie vor hoher Arbeitslosigkeit und angespannter Haushaltslage nicht jeden Menschen aufnehmen, der nur deshalb nach Deutschland kommt, weil er sich hier bessere Lebensbedingungen erhofft, als er sie in seiner Heimat vorfindet.

Natürlich entzieht sich Deutschland deshalb nicht seiner sozialen Verantwortung gegenüber weniger wohlhabenden Völkern. Doch muß der Vorrang der Entwicklungspolitik gelten, mit der den Menschen in ihrer Heimat Hilfe zur Selbsthilfe geleistet werden kann. Dafür gibt die Bundesregierung immerhin gut sieben Milliarden Mark jährlich aus.

Das Asylrecht muß dagegen für jene reserviert bleiben, die wirklich unter politischer Verfolgung leiden und sich ihren Aufenthalt in Deutschland nicht für kriminelle Machenschaften erschleichen. In diesem Zusammenhang ist auch die Politik der Bundesregierung zu verstehen, denjenigen, die das Asylrecht mißbrauchen, die gewährten Leistungen zu kürzen und jene, die das ihnen eingeräumte Gastrecht mit Füßen treten, indem sie Verbrechen begehen, schnellstmöglich abzuschieben.

Für mich steht fest: Nicht die Beschränkung des Gastrechts auf den genannten Personenkreis und die Mißbrauchsbekämpfung fördern Rechtsradikalismus.

Tragfähiger Kompromiß

Nach Deutschland eingereiste Ausländer werden künftig weniger Sozialhilfe bekommen, wenn sie durch die Vernichtung ihres Passes oder auf andere Weise das Asylrecht mißbrauchen.

Die beschlossenen Leistungskürzungen gelten insbesondere auch für Ausländer, die nur deshalb nach Deutschland einreisen, um in den Genuß von Sozialhilfeleistungen zu kommen. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse beim Kompromiß zum Asylbewerberleistungsgesetz, der unter Federführung von Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer im Gesundheitsausschuß des Bundestages zwischen Regierung und SPD-Opposition gefunden wurde.

Die Gesetzesinitiative geht auf einen Beschluß des Bundesrates vom Februar diesen Jahres zurück.

Viel gefährlicher sind utopistische Sonntagsreden, in denen diese vernünftige Politik immer wieder kritisiert wird und gefordert wird, daß auch straffällige Scheinasylanten Gastrecht genießen und vom deutschen Steuerzahler alimentiert werden sollen. Denn das sieht kein vernünftiger Mensch ein, und solche Forderungen treiben Wähler nach Rechtsaußen.

Die Bundesregierung und die Koalition werden deshalb an ihrem Kurs festhalten. Mit der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes wurde ein Schritt in die richtige Richtung unternommen. Auch die SPD hat sich hier nicht verschlossen und dem Gesetz zugestimmt. Wer die Bundesregierung trotzdem als auländerfeindlich bezeichnet, den sollten wir alle im Interesse unseres Heimatlandes als billigen Wahlkampfredner entlarven.

aus F.A.Z.-Sonntagszeitung vom 28. Juli

Illegale Zuwanderung kann jetzt besser bekämpft werden

Zur Beratung des Entwurfs eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes (BGSG) im Innenausschuß des Deutschen Bundestages erklärten der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski, und deren Obmann und Berichterstatter zum BGSG im Innenausschuß, Wolfgang Zeitlmann:

Der Innenausschuß des Deutschen Bundestages hat am 23. Juni dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesgrenzschutzgesetzes zugestimmt. Die Koalitionsfraktionen hatten den Entwurf eingebracht, um die illegale Zuwanderung besser bekämpfen zu können. Mit dem Gesetzentwurf soll die bisherige, unzureichende Befugnis zur verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung im 30-km-Grenzstreifen erweitert werden.

In seiner ursprünglichen Fassung sah der Entwurf deshalb vor, daß der Bundesgrenzschutz (BGS) auch auf Bahnanlagen, Bahnhöfen, während der Zugbegleitung sowie auf Verkehrsflughäfen verdachtsunabhängig Identitätsfeststellungen vornehmen darf. Gleichzeitig sollte dem BGS die Befugnis eingeräumt werden, zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise verdachtsunabhängig Sachen zu durchsuchen.

Aufgrund der von Sachverständigen bei einer Anhörung im Innenausschuß am 15. Juni und der vom Bundesrat am 19. Juni geäußerten Bedenken wurde der Entwurf von den Koalitionsfraktionen mit dem Ziel eines möglichst breiten Konsenses über die Befugnisse zur Bekämpfung der illegalen Einreise überarbeitet. Er sieht nun-

mehr vor, daß der BGS zur Verhinderung oder Unterbindung unerlaubter Einreise die Befugnis erhält, in Zügen, Bahnhöfen sowie Verkehrsflughäfen mit grenzüberschreitendem Verkehr jede Person auch ohne konkrete Verdachtsmomente kurzzeitig anzuhalten, zu befragen und mitgeführte Ausweispapiere oder Grenzübertrittspapiere zu prüfen sowie mitgeführte Sachen in Augenschein zu nehmen (sog. verdachtsunabhängige Befragung und Inaugenscheinnahme).

Bundesgrenzschutz-Novelle im Innenausschuß beschlossen

Weitere polizeiliche Befugnisse, wie Durchsuchung, Festhalten, Mitnahme zur Wache oder erkennungsdienstliche Behandlung, ergeben sich auf der Grundlage bereits bestehenden Rechts, wenn konkrete Verdachtsmomente dies rechtfertigen. Im Bahnbereich und in Zügen wird der BGS von der ihm neu eingeräumten Befugnis nur dann Gebrauch machen, wenn diese nach grenzpolizeilicher Lagebeurteilung zur illegalen Einreise genutzt werden. Durch diese Lagebindung werden flächendeckende Personenkontrollen im (Bahn-)Reiseverkehr, die schon mit Blick auf den begrenzten Personalkörper der BGS nicht möglich wären, ausgeschlos-

Die Neuregelung beinhaltet für den BGS abgestufte Befugnisse: Verdachtsunabhängig sind Befragung und Inaugenscheinnahme möglich. Ergeben sich hieraus oder aus anderen Umständen Verdachtsmomente, so hat der BGS auch die Befugnis zum

SPD soll sich eindeutig erklären

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer, und der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Horst Friedrich, erklärten zur Debatte im Deutschen Bundestag über Magnetschwebebahn und Bau der Transrapid-Strecke Hamburg-Berlin am 24. Juni:

Die Koalition hat der SPD heute die Gelegenheit gegeben, ihre Haltung zur Transrapid-Referenzstrecke Hamburg-Berlin zu revidieren und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar und eindeutig zu klären. Denn im Gegensatz zum niedersächsischen Ministerpräsidenten Gerhard Schröder, der den Bau der Transrapidstrecke vorantreiben will, lehnt die SPD-Bundestagsfrakti-

on diese Strecke ab. Die SPD-regierten Bundesländer bewegen sich zwischen unmißverständlicher Forderung nach Realisierung, lauer Enthaltung und verbitterter Behinderung des Projekts. Die Bundes-SPD will mit den Bündnis-Grünen koalieren und sich von der PDS dulden lassen, die beide die Magnetschwebetechnik als Teufelsmachwerk bekämpfen.

Bei einer namentlichen Abstimmung auf Antrag der Koalition kann jeder SPD-Bundestagsabgeordnete zeigen, ob er der Schatten-Richtlinienkompetenz des SPD-Kanzlerkandidaten und seinem Ja zum Transrapid folgen will oder ihm in dieser verkehrs- und wirtschaftspolitisch wichtigen Frage die Unterstützung verweigert.

Festhalten, zur erkennungsdienstlichen Behandlung oder Durchsuchung usw. Damit braucht kein Bürger besorgt zu sein, er werde, ohne daß irgendein Verdacht auf ihn fällt, an allen möglichen Orten über die Maßen kontrolliert. Andererseits gewinnt der BGS eine weitere Möglichkeit, Anhaltspunkte für illegale Einwanderung festzustellen, diese also zu bekämpfen.

Der Entwurf scheint damit bestmöglich geeignet, sowohl dem Interesse der Bürger nach geringstmöglichen Eingriffen als auch dem Interesse der Allgemeinheit zur Bekämpfung der illegalen Zuwanderung wirksam zu dienen. Dennoch wird die genannte Befugniserweiterung auf 5 Jahre befristet, um Erfahrungen darüber zu sammeln, ob sich das Instrument in seiner konkreten Ausgestaltung bewährt. Danach heißt es zu entscheiden, ob die verdachtsunabhängige Befragung einerseits notwendig, aber ggf. andererseits auch, ob sie

ausreichend ist oder doch das schärfere Mittel der direkten verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung geboten ist.

Mit dieser Novelle des BGS-Gesetzes ist es gelungen, eine Regelung zu finden, die die früher an der Grenze stattfindende Identitätskontrolle ersetzt. Eine Identitätskontrolle wird dem BGS künftig in seinem Zuständigkeitsbereich – namentlich: in Zügen – im Hinterland möglich sein. Die Länder, die nicht bereits das Mittel der verdachtsunabhängigen Identitätsfeststellung kennen (anders als Bayern, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen sowie bald auch Sachsen) sind aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß ihre Polizeien nach dem Landespolizeirecht ebenfalls zumindest die Befugnis zur verdachtsunabhängigen Befragung und Ausweiskontrolle erhalten, damit auch auf Transitstraßen illegale Zuwanderung besser bekämpft werden kann.

Es gibt keine "Beförderungswelle"

Bundesminister Friedrich Bohl, Chef des Bundeskanzleramtes, zu Behauptungen von "Spiegel" und "Bild":

Die behauptete Beförderungswelle in der Bundesverwaltung gibt es nicht. Beförderungen erfolgen streng nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Kein Ministerium kann sich eigenmächtig zusätzliche Beförderungsstellen verschaffen; Beförderungen sind nur möglich, wenn dies der vom Parlament bewilligte Personalhaushalt erlaubt.

Die Zahl der Beförderungen im Bundeskanzleramt in den vergangenen Monaten ist niedriger als im Vorjahr. Auch für die Bundesregierung insgesamt gibt es keine "Beförderungswelle". Die Beförderungsmöglichkeiten in den nächsten Monaten liegen bei deutlich unter 4% aller Stellen und bewegen sich im Rahmen früherer Jahre.

Die Behauptungen über Mitarbeiter des Bundeskanzleramtes sind falsch und infam:

Der Leiter der Leitungsgruppe, Herr Hammes, wurde nicht befördert, sondern mit gleicher Besoldungsgruppe, die er bereits seit 1993 hat, aus dem Angestelltenverhältnis in das Beamtenverhältnis übernommen.

Der Ständige Vertreter des Leiters des Kanzlerbüros, Herr Roik, wurde und wird nicht befördert; er soll lediglich entsprechend seiner jetzigen Bezahlung in das Beamtenverhältnis übernommen werden. Darüber entscheidet der Bundespersonalausschuß, ein unabhängiges Gremium unter Vorsitz der Präsidentin des Bundesrechnungshofes.

Der Leiter des Referates "Pressearbeit ChefBK", Herr Neumann, der diese Funktion seit 1992 innehat, hat seit März 1998 die seiner Funktion entsprechende Vergütung nach B 3 erhalten.

Offensichtlich wollen die Stichwortgeber der SPD nur von ihren eigenen "Schwarzen Listen" mit 300 loyalen Staatsdienern ablenken, die sie mit SPD-Gefolgsleuten ersetzen wollen.

Starker Rückgang der Verkehrstoten

Noch nie seit 1979, seitdem Monatsergebnisse zur Unfallstatistik vorliegen, sind in einem Jahr weniger Verkehrstote registriert worden als im letzten Jahr.

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle sank im Vergleich zum April 1997 um 5,1%, die Unfälle mit Personenschaden um 4,7% und die Zahl der Getöteten sogar um 14%. Dies ist bei aller Tragik im jeweiligen Einzelfall der 589 Unfalltoten im April 1998 eine überaus positive Entwicklung. Trotz Verkehrszuwachs ist der Trend der

Straßenverkehrsunfälle konstant rückläufig. Die Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit – 0,5-Promille-Regelung, Atemalkohohlanalyse, Drogenverbot, Anpassung des Bußgeldkataloges etc. – die gute Verkehrssicherheitsarbeit und die erheblichen Verbesserungen des Insassenschutzes bei neuen Pkws bringen den Erfolg.

Dirk Fischer, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Diesen erfolgreichen Weg werden wir weiterverfolgen.

Bundesinnenminister Manfred Kanther:

Keine Entschuldigung für Gewalt

In einer Debatte über die innere Sicherheit muß auf die schrecklichen Vorkommnisse anläßlich der Fuballweltmeisterschaft in Frankreich eingegangen werden. Als erstes will ich das tiefe Mitgefühl des Bundesregierung mit dem schwerverletzten französischen Polizisten ausdrücken, das der Bundeskanzler auch dem französischen Präsidenten und ich dem französischen Innenminister ausgedrückt haben.

Wir hoffen sehr, daß der verletzte Mann genesen kann. Dabei begleiten ihn unsere besten Wünsche.

Wir haben in Deutschland seit Monaten die Sicherheitsfragen aus Anlaß der Fußballweltmeisterschaft in Frankreich vorbedacht. Es gibt in Deutschland seit langem eine gut funktionierende zentrale Dienststelle beim Landeskriminalamt in Düsseldorf, die Zentrale Informationsstelle Sport, kurz ZIS genannt, die alle Nachrichten aus dem Sicherheitsbereich des Sports bündelt, weitergibt, Lagebilder erstellt und insbesondere auch bei der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft die deutschen und französischen Anstrengungen zusammengeführt hat - selbstverständlich immer unter Beteiligung des Deutschen Fußballbundes, Auch deshalb ist es erfeulich, daß der Präsident des Deutschen Fußballbundes noch einmal bestätigt hat, das die Zusammenarbeit in dieser Dienststelle ohne jede Beanstandung gewesen sei. Selbstverständlich haben wir im Vorgriff auf die Tatsache, daß deutsche Hooligans über die Grenze fahren würden, dafür gesorgt, das Bahn- und Grenzpolizei alle denkbaren Anstrengungen unternehmen, um möglichen Tätern präsentiv auf die Spur zu kommen. Dabei

ist die Bahn – und noch mehr die Grenzpolizei auf Nachrichten aus dem Inland, aus den Heimatorten der Hooligans angewiesen. Solche Nachrichten sind nicht eingegangen.

Eine zweite Möglichkeit für die Grenzpolizei sind Stichproben, und diese werden natürlich in großem Umfang gemacht. Im Bereich des Grenzschutzpräsidiums Süd sind 1.285 Identitätskontrollen durchgeführt worden. In 889 Fällen ist die Gewalttäterdatei Sport abgefragt worden – in allen Fällen ohne Ergebnis, und zwar ganz einfach dehalb, weil das bei dem riesigen Reise-, Sommer- und Wochenendverkehr über unsere westlichen Grenzen natürlich bedeutet, die Nadel im Heuhaufen zu suchen

Natürlich werden die Kontrollen weitergeführt und nach Kräften verstärkt. Aber es ist ja begreiflicherweise ein Merkmal dieser Tätergruppierung, daß sie über die Grenze will und sich deshalb im Zug vor und an der Grenze nicht wie mit der Axt im Porzellanladen bewegt, wie sie es später am Platz des Geschehens zu tun beabsichtigt.

Außerordentlich schwierig

Die Tatsache, daß die französischen Behörden in keinem Falle deutsche Hooligans an der Einreise gehindert haben, also ein Betretensverbot ausgesprochen haben, zeigt, wie außerordentlich schwierig es ist, das Fehlen von Nachrichten aus dem Hinterland an der Grenze auszugleichen. Das kann nur im Ausnahmefall und durch glücklichen Zufall gelingen. Die Sicherheitsarbeit muß vor Ort geleistet werden, und das wird sie ja auch. Wir brauchen uns nur vorzustellen, die Fußballweltmeister-

Konsequent gegen Hooligans vorgehen

Die Bürger sind in den letzten Jahrzehnten mobiler geworden. Infolge des Wegfalls der Personenkontrollen zu unseren europäischen Partnerstaaten ist es für den rechtstreuen Bürger, aber auch für Kriminelle und Gewalttäter einfacher geworden, ungestört von einem Staat in den anderen zu reisen.

Der Wegfall der Grenzkontrollen ist auszugleichen. Hooligans dürfen keine Möglichkeit mehr haben, bei Fußballspielen ihr Unwesen zu treiben.

Einen Weg zum Ausgleich des Wegfalls der Grenzkontrollen stellen verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen auf Einreise- und Ausreiserouten dar.

Zur Bekämpfung der illegalen Einreise haben wir dem Bundesgrenzschutz (BGS) mit der Novellierung des BGS-Gesetzes Ende Juni im Deutschen Bundestag die Möglichkeit verdachtsunabhängiger Befragung und

Inaugenscheinnahme mitgeführter Sachen eingeräumt. Die verfassungsrechtliche Lage verlangte eine Beschränkung dieser Befugnis auf den Zweck der Bekämpfung der illegalen Einreise.

Von Erwin Marschewski, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Wir müssen jedoch auch die Ausreise von Personen effektiver verhindern können, die z. B. aus Anlaß von Länderspielen Ausschreitungen provozieren. Die Gewalttaten von Lens durch Hooligans verlangen entschiedene Reaktionen. Sie schädigen im übrigen auch das Ansehen Deutschlands im Ausland. Deshalb muß auch in NRW die Polizei die Befugnis zur verdachtsunabhängigen Kontrolle von Personen erhalten, die sich auf Transitstrecken auf der Ausreise befinden.

schaft fände in Deutschland statt. Dann würden wir alle miteinander davon ausgehen, daß hier die Sicherheit der Veranstaltungen gewährleistet werden muß.

Die Franzosen haben viele Tatverdächtige gefaßt und werden die Mehrzahl von ihnen sicherlich nach Deutschland zurückstellen. Wir müssen sie hart bestrafen – und dies schnell.

Diese Täter sind kaum resozialisierbar, jedenfalls nicht mit den Mitteln von Nachsicht und gutem Zureden. Deshalb müssen sich auch unsere Justizbehörden, wenn wir belastbares Beweismaterial übermittelt bekommen, um ein sehr schnelles Verfahren bemühen. Vor einigen Jahren haben es uns in vergleichbarer Situation auch die Italiener gezeigt. Ich glaube, daß das eine ganz wichtige Antwort des entschlossenen Rechtsstaates ist, um solchem Unwesen entgegenzutreten. Die Ausschreitungen sind gleichzeitig – ohne daß ich dies jetzt an dieser Stelle ausführen will - wieder ein Anlaß, darauf hinzuweisen, daß bei der Abwendungvon Gewalt nicht differenziert werden darf. Gewalt ist immer tabu im Rechtsstaat. Es gibt keine Entschuldigung für Gewalt, sei sie linksgetönt oder rechtsgetönt, gleichgültig ob sie von Deutschen oder Ausländern, im Ausland oder im Inland begangen wird.

Um die innere Sicherheit kann einem angst und bange werden

Am 5, und 6, Juni hat es in Niedersachsen erneut Plünderungen, Sachbeschädigungen, Verwüstungen, Diebstahl, Nötigung und Hausfriedensbruch durch Besetzung gegeben. All dies unter Duldung der Polizei und mit Einverständnis der Landesregierung, jedenfalls unter Duldung der Repräsentantin der Landesregierung in der Fläche, nämlich der Regierungspräsidentin Lüneburg: Das BLG*)-Informationszentrum in Lüchow-Dannenberg wurde am 5. Juni gegen 15.00 Uhr besetzt und erst am 6. Juni gegen 18.00 Uhr wieder verlassen, ohne daß die Personalien der Besetzer seitens der Polizei festgestellt worden sind.

Bereits nach etwa einer Stunde hatte in diesem Fall der Eigentümer Strafantrag gestellt und Räumung gewünscht. Dies wurde seitens des Eigentümers schriftlich gegenüber der Bezirksregierung wiederholt, ohne daß es zur Räumung gekommen ist. Es ist statt dessen zur Ausräumung wichtiger Gegenstände aus den Räumen des Informationszentrums unter den Augen der Polizei in Lüchow-Dannenberg gekommen.

Wir beurteilen diesen Vorgang außerordentlich ernst, weil es sich um das Dulden von Straftaten, das Gewährenlassen rechtswidriger Handlungen handelt. So etwas zerstört das Vertrauen in das staatliche Gewaltmonopol elementar. Es gibt in Niedersachsen erneut und abermals rechtsfreie Räume unter Innenminister Glogowski – wie bei den Autonomen-Aufzügen in Göttingen, wie bei der Plünderung des Penny-Marktes während der Chaos-Tage, wie bei den Straßenuntertunnelungen in Splittau und anderswo.

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist jetzt das Informationszentrum ein rechts-

freier Raum geworden und 27 Stunden lang gewesen.

Die Kosten der Schäden solcher Straftäter und Straftaten bleiben in Niedersachsen entweder auf den Eigentümern oder auf dem Steuerzahler hängen. Beim Penny-Markt betrug der Schaden im Vergleich über 200 000 Mark. Jetzt wird von den Eigentümern ein Schaden im Umfang von etwa 250 000 Mark geltend gemacht.

Aus der Pressekonferenz des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Christian Wulff, zum Thema "Besetzung des Atominformationszentrums Gorleben" am 18. Juni

Wir halten das Klima, das im Zuge solcher Straftaten entstanden ist, für unerträglich. Dieses Klima ist aber auch begleitet und zugelassen worden: wenn dort ein Kreistagsabgeordneter des Landkreises Lüchow-Dannenberg bei den Besetzern gewesen sein soll, wenn dort nach Aussagen der Polizei die Vorsitzende der Bürgerinitiative mit dabei gewesen sein soll und diese Bürgerinitiative steuerbegünstigt ist, das heißt, Mittel durch Steuerbegünstigungen an diese Bürgerinitiative vom Staat subventioniert werden. Wir haben im Landtag mehrfach Anträge, Initiativen eingebracht, um die Steuerbegünstigung dieser Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg zu Fall zu bringen. Das ist von seiten der Schröder-Landesregierung jedesmal zunichte gemacht und zu Fall gebracht worden.

Der Innenminister-Pressesprecher hatte davon gesprochen, es würde in LüchowDannenberg Krieg gegen die Bevölkerung geführ. All dies hat mit dazu beigetragen, daß offensichtlich manche in Niedersachsen, in Lüchow-Dannenberg, mit ihrem Eigentum und ihrer körperlichen Unversehrtheit weitgehend schutzlos sind. Auch der Schlüssel zum Informationszentrum ist dem Hausmeister gegen seinen Willen entrissen worden.

Wir wollen einen Untersuchungsausschuß

Wir beantragen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Aufarbeitung der Versäumnisse. Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß ist das richtige Gremium, weil in diesem auch von der Minderheit Zeugen zitiert, vorgeladen werden können und weil dort die Zeugen zur Wahrheit verpflichtet sind, gegebenenfalls auf Wahrheit vereidigt werden können, was landesregierungsinterne Kommissionen alles nicht können.

Wir wollen in dem Untersuchungsausschuß nach den Beziehungen der Polizei vor Ort, der Bezirksregierung und des Innenministeriums fragen. Wir wollen fragen nach der Funktionstüchtigkeit der veränderten, mit der Polizeireform weitgehend zerschlagenen Bereitschaftspolizei. Wir wollen die Vorgänge aufklären und für die Zukunft für Abhilfe Sorge tragen. Es geht aber vor allem auch um die politische Verantwortung des Innenministers, der sich nicht wiederum, wie bei den Chaos-Tagen, einen schlanken Fuß zu Lasten und auf Kosten der Polizei zu machen versuchen darf, sondern der als Innenminister politisch die Organisationshoheit hat, die Verantwortung dafür trägt, daß die Polizei in Niedersachsen funktioniert.

Bei den Chaos-Tagen ist der Polizeipräsident als Bauernopfer geopfert worden, während der Einsatzleiter Wiedemann anschließend befördert wurde. Ein solches Signal in die Polizei hinein ist völlig unak-

zeptabel. Und es wird hier nicht wiederum darum gehen können, daß man die Polizei erst im Regen stehen läßt und dann die Polizisten mit Vorwürfen überhäuft, wie das der Innenminister in den letzten Tagen mit Vorverurteilungen getan hat. Es ist zu fragen, ob der Innenminister seiner politischen Verantwortung nachgekommen ist. Wir erleben, daß er in Sprüchen stark, in Taten aber schwach ist.

Dieses Gegensatzpaar "Starke Sprüche und schwache Taten" ist nun zum wiederholten Male aufgetreten. Wir gehen davon aus, daß die Grünen und die SPD zu ähnlichen Schlußfolgerungen kommen und jedenfalls dann gekommen wären, wenn beispielsweise Rechtsradikale die Parteizentrale der Grünen über 27 Stunden besetzt, zerstört und demoliert hätten. Es kann kein teilbares Recht geben, sondern das Recht gilt für alle gleichermaßen, und der Staat hat das Recht und die Pflicht zu schützen, das Recht des Schwächeren zum Durchbruch zu bringen.

Unerträglich für den Rechtsstaat

Im einzelnen ist erneut die Deeskalationsstrategie der Landesregierung gescheitert. In Niedersachsen ist es quasi so, daß Glogowski die Polizei deeskalieren und die Gewalt eskalieren läßt. Erneut sind Verhandlungen mit Rechtsbrechern aufgenommen und geführt worden seitens der Polizei aus der Position der Schwäche heraus. Das kannten wir, das kannten wir bei Demonstrationen, bei Untertunnelungen von Straßen, wir kannten es bei den Chaos-Tagen, und wir erleben es jetzt. Es werden Verhandlungen geführt aus dem Gefühl der Schwäche heraus, auf der Ebene der Gleichordnung, was wir als unerträglich für den Rechtsstaat erachten. Die Schwäche entsteht aus der mangelhaften Unterstützung von oben. Es ist eindeutig mit dem Lagezentrum im Innenministerium gesprochen und kontaktiert worden. Das Lagezen-

Doppelmoral der Länder in der Atomaufsicht

Zur Anhörung von Energieversorgern, Länderbehörden und Gutachtern im Zusammenhang mit den Atomtransporten teilten der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Umwelt, Klaus W. Lippold, und der Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt-Dieter Grill, folgendes mit:

Eine erste Bewertung der Anhörung gibt Anlaß zu folgenden Feststellungen:

- 1. Offensichtlich bestand bis zum April 1998 Einigkeit zwischen den Strahlenschützern in den Kraftwerken und den Länderaufsichtsbehörden, daß von den grenzwertüberschreitenden Kontaminationen keine gesundheitlichen Gefahren ausgingen.
- 2. Dies belegt die Darstellung des Staatssekretärs Voigt (Grüne) zu den Erkenntnissen seiner Behörde von 1994 und 1996, bei der für die Aufsichtsbehörde keinerlei Veranlassung bestand, den Bund über die Vorgänge

zu informieren oder gar Transporte zu verbieten. Heute nimmt Schleswig-Holstein für sich in Anspruch, mit der Selbstkritik sei alles entschuldigt. Der gleiche Vorgang bei den Betreibern wird zum Anlaß genommen, denen die Zuverlässigkeit abzusprechen.

3. In Niedersachsen hat es offensichtlich keine strikte, juristisch einwandfreie Trennung zwischen dem Aufsichtsratsmandat von Frau Griefahn und ihrer unmittelbaren Verantwortung für die Atomaufsicht gegeben. Dies sei eine "unappetitliche Verquickung zweier sich ausschließender Aufgaben".

Darüber hinaus hat die Anhörung gezeigt, daß Betreiber und Länderbehörden ihre Aufklärung der Sachverhalte erheblich beschleunigen müssen. Die Umsetzung des 10-Punkte-Plans von Bundesumweltministerin Angela Merkel, der von den Ländern offensichtlich mitgetragen wird, müsse zwischen allen Ebenen – also Betreibern, Ländern und Bund – zügig umgesetzt werden.

trum hat gesagt, man könne nicht helfen, es müsse innerhalb des Bezirks der Region Lüneburg sich selbst geholfen werden. Hieraus jetzt zu konstruieren, auch unter Veränderung von Protokollen, daß ein offizieller, formaler Antrag auf Anforderung von Hundertschaften über die Bezirksregierung nicht gestellt worden sei, ist für uns völlig nebensächlich. Man kann Polizisten, die um Hilfe ersuchen und eine Ablehnung telefonisch mitgeteilt bekommen, nicht zumuten, in dieser Phase auch noch formale Anträge zu stellen in dem Wissen, daß diese dann eben-

so formal abgelehnt werden. Für uns ist die Sache deshalb von besonders großer Dramatik, weil keine Konsequenzen gezogen worden sind aus dem Untersuchungsausschuß Chaos-Tage, aus der Besetzung und der Plünderung des Penny-Marktes. Man hat nichts gelernt aus den Vorgängen von 1995, und sie können offensichtlich immer wieder auftreten. Es wird in Niedersachsen nicht agiert, sondern resigniert, und die Bereitschaftspolizei ist in einem Zustand, der uns um innere Sicherheit, Recht und Ordnung angst und bange werden läßt.

Der Tourismus der Deutschen wird zum Beschäftigungsmotor

Zun Ergebnis des tourismuspolitischen Kongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 28. Mai im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Fremdenverkehr und Tourismus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rolf Olderog:

Der Tourismus-Kongreß der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde mit über 400 Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft, Umweltverbänden und Politik, unter ihnen zahlreiche Spitzenvertreter, zu einem großen Deutschlandforum des Tourismus. Wichtig für das Reise- und Urlaubsland Deutschland: Wie ein roter Faden durchzog die Referate und Diskussionen im Plenum und in den Arbeitskreisen die Forderung nach mehr Kundenorientierung und Erlebnisqualität beim Deutschlandangebot, mehr Service und Freundlichkeit sowie stärkere Kooperation und Konzentration bei Werbung und Marketing.

Der Tourismus wird leider in seinem wirtschaftlichen Gewicht, in seiner ökologischen Auswirkung und in seiner gesellschafts- und lebensstilprägenden Bedeutung von vielen Politikern und Journalisten unterschätzt. Der moderne Tourismus zählt neben der Informationstechnologie und der Telekommunikation zu den Haupttriebkräften der globlen Wirtschaft. Bundesminister Friedrich Bohl und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Tourismuswirtschaft (BTW) Erich Kaub würdigten das enorme wirtschaftliche Gewicht, das der Tourismus auch in Deutschland erlangt hat. Kaub wagte sogar die Vorhersage, daß der Tourismus der Deutschen sowohl im Inland wie auch im Ausland zum Beschäftigungsmotor der

Zukunft und zum Hoffnungsträger für den Standort Deutschland werde.

Standort Deutschland werde.

Die Zahlen für den Deutschland-Tourismus sind imponierend: 2 Millionen Arbeitsplätze, 75.000 Ausbildungsplätze, jährlich 200 Milliarden DM Umsatz und 6% der Wertschöpfung. Dabei ist in Deutschland das Potential für Arbeitsplätze und Einkommen noch keineswegs ausgeschöpft. Tourismus ist besonders arbeitsplatzintensiv: Während der Wertschöpfungsanteil dem der Automobilindustrie entspricht, liegt die Zahl der Beschäftigten im deutschen Tourismus dreimal so hoch.

Mit seinen vielfältigen Naturlandschaften und historischen Städten, mit seinen kultu-

rellen und sportlichen Erlebnisangeboten ist Deutschland ein besonders attraktives Urlaubsland. Für die deutsche Tourismuswirtschaft kommt es jetzt darauf an, mit Zuversicht und mutigen unternehmerischen Entscheidungen den gegenwärtigen positiven Trend zu nutzen. Mit 62,2 Mio. Urlaubsreisen (+ 1 Mio.) hat die Urlaubsintensität in Deutschland 1997 einen Rekord erreicht. Für 1998 haben die Deutschen sich Anfang dieses Jahres sogar noch optimistischer zu ihren Reiseabsichten geäußert als 1997. Vor allem hat - entgegen gelegentlich skeptischen Erwartungen - die Nachfrage nach touristischen Angeboten in Deutschland sogar Spitzenwerte erreicht. Was es schon seit vielen Jahren nicht mehr gegeben hat, ist im vorigen Jahr eingetreten: Der Deutschlandurlaub hat dem Auslandsurlaub Marktanteile abnehmen können! Im vorigen Jahr stieg die Zahl der Urlaubsreisen in deutsche Ferienregionen von 18,5 auf 19,5 Mio. Der Marktanteil Deutschlands an den Urlaubsreisen der Deutschen wuchs damit von

Erfreuliche Übereinstimmung

Zu den "Wahlprüfsteinen" des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des CDU-Bundesvorstandes, Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann:

Zwischen den wirtschaftlichen Kernforderungen des ZDH und dem Zukunftsprogramm der CDU besteht eine erfeuliche Übereinstimmung. Dies ist um so wichtiger, als der Mittelstand, insbesondere das Handwerk, das Rückgrat unserer Wirtschaft ist.

Reduzierung der Steuerbelastung durch die große Steuerreform, konsequente Fortsetzung der Privatisierungspolitik, Förderung des Mittelstands, Senkung der Lohnnebenkosten und Stärkung der Eigenverantwortung sowie Sicherung und Ausbau der beruflichen Bildung sind unverzichtbare Voraussetzungen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Die "Wahlprüfsteine" des ZDH sind zugleich ein eindrucksvoller Beleg dafür, wie weit die SPD vom Mittelstand entfernt ist. Allein eine Steuerreform nach dem SPD-Wahlprogramm mit einer Abschaffung von Sonderregelungen ohne gleichzeitige deutliche Senkung der Steuersätze wird zu einer Mehrbelastung der Wirtschaft in Höhe von rd. 42 Mrd. DM führen. Insbesondere der Mittelstand ist es, der durch die SPD-Steuerreformpläne besonders belastet würde bzw. dessen Entlastung durch die von uns geplante große Steuerreform die SPD im Bundesrat verhindert hat. Freiberufler und Selbständige sollen übrigens erstmals überhaupt gewerbesteuerpflichtig werden:

SPD und Grüne zusammen wollen sogar – sei es kurz- oder langfristig – acht neue Steuer- und Abgabenarten einführen: Energiesteuer, Kerosinsteuer, Devisensteuer, Vermögensteuer, Schwerverkehrsabgabe, Lastenausgleichsabgabe, Ausbildungsabgabe und Mindeststeuer.

Angesichts der Bedeutung, die dem Mittelstand für die Sicherung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze zukommt, ist es um so unverschämter, daß Schröders neuer "Schatten-Wirtschaftsminister", der Unternehmer Jost Stollmann, keine Klarheit über den wirtschaftlichen Kurs der SPD geschaffen hat.

30,2 auf 31,4 %. Der Marktanteil des Auslandes an den deutschen Urlaubsreisen ging hingegen von 69,8 % auf 68,6 % zurück.

Auf diese erfreuliche Entwicklung haben Wir seit langem zielstrebig hingearbeitet. Es zeigt sich jetzt, daß die von der CDU/CSU vorangetriebenen Maßnahmen Früchte tragen. Im einzelnen zu nennen sind:

 Neue verkaufsorientierte Dachwerbung für Urlaub und Reisen in Deutschland,

- verstärkte Auslandswerbung der neu organisierten Deutschen Zentrale für Tourismus (DZT neu),
- Aufbau einer zentralen deutschen Marketinggesellschaft (DTM),
- Aufbau eines deutschlandweiten Reservierungssystem (DIRG),
- enge Kooperation zwischen Bund und Bundesländern in Konzeption und Finanzierung des Deutschland-Marketings.

Länder tragen Mitverantwortung für ihre Städte und Gemeinden

In der Kommunaldebatte im Deutschen Bundestag zur Lage der Städte und Gemeinden ist deutlich geworden, daß viele Länder ihrer Finanzverantwortung gegenüber den Kommunen nicht im notwendigen Umfang nachkommen.

Die finanzielle Situation ist für alle politischen Ebenen schwierig. Dies gilt auch für die Städte und Gemeinden. In den neuen Ländern waren es die Bürgermeister und Kommunalpolitiker, die mutig zupackten und mit großartigem Engagement oft aus dem Nichts kommunale Strukturen aufbauten. Die Bereitschaft der Menschen, sich schnell auf eine völlig neue Situation einzustellen, verdient großen Respekt.

Wir erleben zur Zeit eine Erholung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes auf breiter Front. Die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wirken sich auch auf die kommunalen Kassen positiv aus.

Wenn wir mit offenen Augen durch die Dörfer und Städte in den neuen Ländern fahren, sehen wir, was dort die Menschen in wenigen Jahren geschaffen haben. Wir sollten aufhören, alles mies zu reden.

• Finanzausstattung der Gemeinden

Nach unserem Grundgesetz sind die Länder für die Finanzausstattung der Kommunen zuständig. In den letzten Jahren hat eine enorme Steuerkraftverschiebung vom Bund auf die Länder stattgefunden. Während die Steuereinnahmen des Bundes seit 1994 um 40 Mrd DM gesunken sind, sind in dieser Zeit die Steuereinnah-

men der Länder um 70 Mrd. DM gestiegen. Mit dieser Steuerverschiebung ist auch die Verantwortung der Länder für die Finanzausstattung der Kommunen gewachsen. Viele Länder kommen dieser Verantwortung jedoch nicht nach.

Eindrucksvoll bestätigt wird dies durch ein Urteil des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes. Danach hat das Land Nieder-

Von Peter Götz, stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik

sachsen seine Verfassungsverpflichtung, für eine angemessene Finanzausstattung seiner Kommunen Sorge zu tragen, mehrfach verletzt. Der Kern des Finanzausgleichssystem wurde für verfassungswidrig erklärt. Das kommunalfeindliche Vorgehen in Niedersachsen macht deutlich, was den Städten, Gemeinden und Kreisen droht, wenn der niedersächsische Ministerpräsident auf Bundesebene Macht erlangen würde.

Unbeschadet der Rechte und Pflichten der Länder, bekennt sich diese Bundesregierung ausdrücklich zu ihrer Mitverantwortung für das Wohl der Kommunen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die Städtebauförderung. So sind bis einschließlich 1997 insgesamt mehr als 14 Mrd. DM bereitgestellt worden. Wenn jedoch z. B. Brandenburg die vom Bund bereitgestellten Fördermittel den Gemeinden vorenthält, so fehlt das Geld der mittelständischen Bauwirtschaft.

Strukturen der Gemeindefinanzen fortentwickeln

Ein wichtiger Schritt für ein modernes Gemeindefinanzsystem ist die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer und die unmittelbare Beteiligung der Gemeinden an der Umsatzsteuer. Es war diese Bundesregierung, die erfolgreich durchgesetzt hat, daß die Umsatzsteuer nicht über die Länder, sondern unmittelbar an die Gemeinden geht. Wichtig ist auch, daß bei der weiteren Ausgestaltung der Steuersysteme das Band zwischen Bürger und Gemeinden aber auch zwischen Wirtschaft und Kommunen gestärkt wird.

Die Gewerbesteuerumlage, wie auch andere in Jahrzehnten gewachsene Umlagesysteme gehören auf den Prüfstand und müssen den allgemeinen Entwicklungen angepaßt werden.

Ferner muß ernsthaft darüber nachgedacht werden, ob die Grundsteuer in der heutigen Form noch zeitgemäß ist. Wir brauchen auch bei der Grundsteuer – wie bei der dringend notwendigen großen Steuerreform – ein einfaches, für jeden nachvollziehbares Steuersystem. Deshalb plädiere ich dafür, daß wir in der kommenden Legislaturperiode die Besteuerung von Grund und Boden kostenneutral radikal vereinfachen. Dann sind die Gemeinden in der Lage, bei entsprechender Finanzausstattung, die Erhebungen selbst vorzunehmen. Eine echte Chance, den Staat schlanker zu machen und Bürokratie abzubauen.

Sozialhilfe reformieren

Inzwischen haben die Sozialhilfelasten finanzielle Größenordnungen erreicht, die viele Sozialhilfeträger erdrücken. Ohne die bundespolitischen Entscheidungen lägen die Aufwendungen der Kommunen für Sozialhilfe pro Jahr in Milliardenhöhe über den heutigen Werten.

Die Kommunen beschäftigen heute etwa 200.000 der rd. 700.000 arbeitsfähigen

Sozialhilfeempfänger. Das sind 80.000 mehr als noch vor drei Jahren. Dieses Beschäftigungsangebot der Kommunen muß weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch, daß die Anreize zur Aufnahme von Arbeit weiter verstärkt werden. Jeder, der arbeitet, soll mehr verdienen als der, der nicht arbeitet. Ich appelliere an den Bundesrat, diese Neuregelungen nicht weiter zu blockieren. Denn es ist immer noch besser, Arbeit zu finanzieren, als Arbeitslosigkeit zu unterstützen.

Umweltschutz und Kommunalpolitik

Die Menschen erwarten partnerschaftliches Miteinander beim Umweltschutz und keine Horrorforderungen, die keiner mehr bezahlen kann.

Umweltschutz muß ökologisch und ökonomisch sinnvoll sein, dann erfährt er auch die notwendige Akzeptanz. Die Habitat-Agenda und die Lokale Agenda 21 bieten dafür einen ausgezeichneten Handlungsrahmen. Sie gehören in den unmittelbaren Verantwortungsbereich der Kommunen. Ich bin sicher, die Städte und Gemeinden werden ihn positiv und konstruktiv zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern nutzen.

Zitat

Die Verantwortung für die weitere Fortführung dieser großartigen Aufbauleistung darf nicht in die Hände derjenigen gelegt werden, die wie die Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder 1990 gegen die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und damit gegen den Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern gestimmt haben.

Otto Hauser, Sprecher der Bundesregierung, zum Aufbau Ost

Aus christlicher Verantwortung: Politik für die Menschen

Unter diesem Motto fand in Wuppertal, der "heimlichen Hauptstadt des deutschen Protestantismus", wie Generalsekretär Peter Hintze feststellte, die 13. Landesdelegiertentagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU NRW statt. Im Mittelpunkt der Tagung stand eine öffentliche Veranstaltung mit dem Landesvorsitzenden der nordrheinwestfälischen CDU, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, und mit Generalsekretär Peter Hintze.

Norbert Blüm rief in seiner kämpferischen Rede die CDU zur Geschlossenheit auf und forderte alle in der CDU auf, ihre "ganze Kraft dem politischen Gegner" zu widmen und sich mit "Schröder und Lafontaine" auseinanderzusetzen. "Wenn es um die Macht geht, vergessen die Sozialdemokraten ihre Großmutter und ihre Überzeugung", das zeige die Zusammenarbeit von SPD und PDS in Sachsen-Anhalt, sagte der CDU-Landesvorsitzende. Die Alternativen für den 27. September seien klar: "Mit der CDU sicher, modern und zukunftsorientiert ins 21. Jahrhundert aufbrechen oder mit Rot-Grün, toleriert von der PDS, aus der Weltliga absteigen."

Die Ergebnisse rot-grüner Politik könne man in Nordrhein-Westfalen studieren. "In der Bildungspolitik steht NRW auf einem Abstiegsplatz. 50.000 Arbeitsplätze sind gefährdet, weil die rot-grüne Landesregierung den Tagebau Garzweiler II weiter blockiert. Straßen und Flughäfen werden nicht ausgebaut." Dagegen habe die Bundesregierung mit ihrer Reformpolitik viel erreicht. "Der Aufschwung ist da, die Arbeitslosigkeit nimmt ab, und die Preise sind stabil."

Generalsekretär Peter Hintze dankte zunächst dem EAK der CDU NRW und seinem Landesvorsitzenden, Thomas Rachel, für die hervorragende Arbeit. Die CDU sei die einzige politische Kraft, "die ja sagt zur Kirchensteuer, zum Religionsunterricht und zum christlichen Menschenbild". An die evangelische Kirche richtete Peter Hintze die Bitte, daß sie Radikale mit gleicher Intensität bekämpft, "egal ob sie von rechts oder links kommen". Die CDU sei mittlerweile die einzige politische Kraft, die uneingeschränkt "Diktatur Diktatur nennt und Extremisten Extremisten nennt".

Der SPD warf der Generalsekretär vor, daß sie durch die Zusammenarbeit mit der PDS in Magdeburg endgültig den Grundsatz der Demokraten verraten habe "niemals mit linken oder rechten Extremisten" zusammenzuarbeiten. "Die Mehrheit der Deutschen will keinen Kanzler, der mit Stimmen der Kommunisten gewählt wird", stellte Peter Hintze fest. Bei der Bundestagswahl gehe es auch darum, wie es in Europa weitergehe. 1999 habe Deutschland die Ratspräsidentschaft, erinnerte Peter Hintze. "Da können wir uns keine rot-grünen Spielereien leisten."

Wir brauchen deshalb bei der Bundestagswahl ein klares Votum für Helmut Kohl. SPD und Grüne nannte er "Kräfte der Vergangenheit", weil sie die erfolgreichen Reformen der CDU-geführten Bundesregierung wieder zurückschrauben wollen. Peter Hintze: "Rot-Grün gefährdet den Aufschwung. Auch deshalb brauchen wir am 27. September eine klare Mehrheit für Bundeskanzler Helmut Kohl und seine Politik der Mitte."

Eine Kirche im Abseits wäre fatal für unser Gemeinwesen

Einen Blick über den Termin der Bundestagswahl hinaus hat der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK), Jochen Borchert, in einem politischen Brief an Pfarrerinnen und Pfarrer gewagt.

Niemand könne die Zukunft vorhersehen, schreibt er. Aber die Angst vieler Menschen vor dem Unbekannten signalisiere: "Der Schritt ins nächste Jahrtausend wird nicht einfach."

Da sei kritiklose Zukunftsgläubigkeit unangebracht. Es-wird-schon-nicht-soschlimm-werden beruhigt nicht mehr. Der Verzicht auf vieles Liebgewonnene bedeute aber auch : "Wir werden viel Neues gewinnen können." Unser Arbeitsleben wird abwechslungsreicher, unsere Berufe werden anspruchsvoller, Bildung und Weiterbildung werden unseren Lebensalltag begleiten, Familien- und Berufsleben werden sich besser miteinander verbinden lassen Sozialen Ausgleich und inneren Frieden beim Wandel so vieler Verhältnisse können Politik und die Parteien aber nicht allein bewahren. Sie sind auf Hilfe angewiesen, zum Beispiel auf die der Kirchen. Das sei nur einer der Gründe, wenn auch der wichtigste: warum die CDU die Kirchen in ihrer Arbeit auch in Zukunft unterstützen will

Jochen Borchert stellt dazu weiter fest:

Wir halten am System der Kirchensteuer fest. Das ist für die CDU – im Unterschied zu anderen Parteien – ein unverrückbarer Programmpunkt. Die Kirchensteuer ist die entscheidende materielle Grundlage der Kirchen, eine stetige, umfangreiche und vom Staat unabhängige Arbeit zu leisten.

2. Wir befürworten den Religionsunterricht als ordentliches Unterrichtsfach in allen Bundesländern. Das ist Verfassungspflicht, und das ist aus der notwendigen Selbstbeschränkung staatlichen Handelns heraus geboten. Übernimmt der Staat die Werteerziehung allein, kann niemand die Indoktrination einer bestimmten politischen Richtung ausschließen. In der Schule sollten, wie Bischof Wolfgang Huber es formuliert hat, die Positionen einer "Ethik ohne Religion" und einer "Ethik aus Religion" gleichberechtigt zur Geltung kommen. Die Schüler sollten Religion nicht nur "bekenntnisfrei" von außen, sondern auch in ihrem Selbstverständnis, also von innen, kennenlernen können. Nur so, meine ich, können junge Menschen einen lebendigen persönlichen Bildungsprozeß durchlaufen

3. Wir treten dafür ein, daß der rechtliche und gesellschaftliche Status der beiden großen Kirchen in Deutschland als öffentliche Körperschaften unverändert das heißt: ungeschmälert - erhalten bleibt. Kirchliche Ordnung und kirchliche Ämter müssen von staatlichem Einfluß grundsätzlich frei sein. Die Möglichkeiten der Kirchen, in unserem Land zu wirken und die Lebenswirklichkeit mitzugestalten, dürfen keinesfalls beschnitten werden. Das betrifft nicht nur die gemeinsamen Angelegenheiten wie die Theologischen Fakultäten, die Militärseelsorge oder das Friedhofsrecht. Das meint vor allem auch die nicht-formelle Mitwirkung bei Gesetzesvorhaben oder der staatlichen Personalpolitik und die institutionelle Mitarbeit in den Rundfunkräten, bei der Sozialhilfe und der Jugendhilfe.

West unterstützt Ost – Ost unterstützt West

Wie sich Kreisverbände gegenseitig helfen können

Gespräche am Canvassing-Stand sind das A und O in der heißen Wahlkampf-Phase. Viele Bürgerinnen und Bürger, oft über die Medien nicht richtig informiert, fragen nach speziellen Themen, müssen erst noch von der CDU-Politik überzeugt werden. Damit diese Ansprache auch erfolgreich ist, sollten möglichst viele Mitglieder der Orts-, Stadtbezirksund Kreisverbände motiviert werden, an den Canvassing-Aktionen teilzunehmen.

Doch gerade in den neuen Bundesländern sind die Verbände aufgrund ihrer geringeren Mitgliederzahl nicht immer in der Lage, alle wichtigen Plätze ihrer Gemeinden mit Ständen zu besetzen. Im Volkskammerwahlkampf und bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 sind Kreisverbände aus den alten Bundesländern Partnerschaften mit Kreisverbänden in den neuen Bundesländern eingegangen und haben bei den verschiedenen Wahlkampf-Veranstaltungen vor allem personelle Unterstützung geleistet.

Diese Partnerschaften sollten im Bundestagswahlkampf, dessen heiße Phase unmittelbar nach den Ferien beginnt, unbedingt wieder aufleben. Mitgliederstarke westdeutsche Verbände können beim Canvassing in den neuen Bundesländern tatkräftig mithelfen. Umgekehrt sollten aber auch Kreisverbände in den neuen Bundesländern Mitglieder in die alten Bundesländer schicken, damit bei deren Wahlkampf auch intensiv über die Situation in den neuen Bundesländern gesprochen werden kann.

Mit gutem Beispiel

vorangegangen ist vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt der Stadtverband Meckenheim. Gleich mit 12 Mitgliedern leistete er am 17. und 18. April in Halle Wahlkampfhilfe.

An sechs Canvassing-Ständen in der ganzen Stadt setzten sich die Gäste aus dem Rheinland für die seit Jahr und Tag befreundete Hallenser CDU ein, verteilten Sympathiewerbemittel und suchten das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

So etwas wie Überraschungsgast an den Ständen war die Vorsitzende der Frauen-Union, Rita Süssmuth. Sie beeindruckte vor allem damit, daß sie als Bundestagspräsidentin den Hallensern auch ihr hohes Staatsamt zum Anfassen nahe brachte.

Auch der Spitzenkandidat der CDU, Christoph Bergner, war mit von der Partie. Er konnte sich von der frischen Unbefangenheit überzeugen, mit der gerade Helfer, die nicht vor Ort zu Hause sind, auf andere Leute zugehen.

Job-Maschine! Der Motor läuft og verzist auf Touren für der State der State

Infofax-Sonderservice - Flugblattvorlage

Job-Maschine! Der Motor läuft auf Touren

Deutschland im Aufschwung: Viele Branchen melden steigende Beschäftigtenzahlen, manche Unternehmen klagen bereits über fehlende Fachkräfte.

- X Das Handwerk wird 25.000 Lehrlinge mehr ausbilden als 1997. Mit 623.000 Lehrlingen ist das Handwerk "Ausbilder der Nation".
- X Bis Ende Mai sind über 112.000 neue Ausbildungsverträge bei den Industrie- und Handelskammern eingegangen – ein Plus von 8,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
- ✗ Die Werkzeugmaschinenindustrie sucht Nachwuchs. Es sind nicht genügend Auszubildende zu finden, obwohl ihnen eine Weiterbeschäftigung nach der Lehre so gut wie sicher sei.
- X Die Zahl der Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie ist in den ersten beiden Monaten des Jahres um rund 25.000 gestiegen.
- ✗ Die Automobilindustrie beschäftigt derzeit rund 700.000 Menschen, rund 43.000 mehr als Ende 1996. Im laufenden Jahr sind allein bis März 18.000 neue Stellen geschaffen worden.
- X Die Zahl der Unternehmen in der Textilmaschinenindustrie, die in den nächsten drei Monaten eine Zunahme der Beschäftigten erwarten, ist stark angestiegen.
- X Die Arbeitgeberverbände rechnen, daß derzeit 1,3 bis 1,5 Millionen Stellen verfügbar sind.

Das kräftige Wirtschaftswachstum wirkt sich auf dem Arbeitsmarkt aus – die Job-Maschine läuft auf Touren. Dies ist ein Erfolg unserer konsequenten Reformpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Neuer Aufschwung - Neue Arbeit



Bundesnaturschutz

Was die Landwirtschaft von der SPD zu erwarten hat

Anläßlich der Zurückweisung des Vermittlungsausschußergebnisses zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes im Deutschen Bundestag am 24. Juni erklärte der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Egon Susset:

Mit der Presseerklärung zum Bundesnaturschutzgesetz der Abgeordneten Ulrike Mehl und Michael Müller dokumentiert die SPD öffentlich, was sie von der Landwirtschaft hält und wie sie in Zukunft mit ihr umspringen will.

Ihr Vorgehen hat Methode. Zunächst zeichnet man ein Katastrophenbild des Naturschutzes in Deutschland. Damit begründet man die Weigerung, den Landwirten einen gerechten Ausgleich für wirtschaftliche Nachteile durch staatlich auferlegte Naturschutzmaßnahmen zu gewähren. Die von uns vorgelegte saubere Regelung für diese Fälle wird von der SPD "als falsche Konfrontation zwischen Naturschutz und Landwirtschaft" verzerrt. Die SPD gesteht gnädigerweise Ausgleichszahlungen dort zu, "wo sie gerechtfertigt sind". Darüber, wann dieser Gnadenakt erfolgt, entscheidet die SPD.

Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, daß nur ein Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz die gewünschten Fortschritte bringt. Dies wird die SPD nie begreifen. Statt dessen verirrt sie sich in wilden Argumentationen und abstrusen Aussagen bei einer Verquickung der EU-Agrarpolitik und dem Bundesnaturschutzgesetz. Erfreulich klar sind aber ihre Absichtserklärungen für ihren künfti-

gen Affrontkurs gegen die Landwirtschaft:

Streichung der Landwirtschaftsklausel, größere und stärkere staatliche Eingriffe, eine intensivere Verplanung der Landschaft sowie vermehrte rechtliche Auseinandersetzungen.

Aus all diesen Punkten spricht das alte planwirtschaftliche Denken der SPD auch beim Naturschutz. Mit einer solch systematischen Benachteiligung der Landwirtschaft bringt man den Naturschutz nicht

Heute und auch in Zukunft tritt die CDU für ein Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz ein.

weiter. Die SPD vergißt, daß das, was sie schützen will, zum größten Teil erst über Jahrhunderte hinweg von der Landwirtschaft geschaffen worden ist. Es ist ihr offensichtlich entgangen, daß die Landwirtschaft heute bereits vielerorts im Zuge des Vertragsnaturschutzes erfolgreiche Arbeit für den Naturschutz leistet. Deshalb tritt die CDU/CSU heute und auch in Zukunft für ein Miteinander von Landwirtschaft und Naturschutz ein. Derjenige, der etwas für die Natur tut, muß anerkannt werden, statt daß man ihm,wie die SPD es tut, Steine in den Weg legt.

Nur mit unserer Landwirtschaft können wir die von der Bevölkerung geschätzten deutschen Landschaftsbilder und die Lebenskraft des ländlichen Raumes erhalten.

Die SPD und die Bildungspolitik

Leere Schlagworte – fehlende Konzepte

"Jugend braucht Zukunft - Bildung für alle." Mit diesen Schlagworten eröffnet die SPD ihr Kapitel zur Jugend- und Bildungspolitik im Wahlkampfprogramm. Auch in den vergangenen Wochen hat ihr "Kandidat" Gerhard Schröder immer wieder betont, daß die Bildungspolitik ein neuer Schwerpunkt der Politik werden müsse. Schon am Anfang des Programms wird hervorgehoben, daß die Hochschulen neue Zukunftswerkstätten werden müßten, und die Gesellschaft soll mit Hilfe der SPD mehr Demokratie wagen und Jugendlichen stärkere politische Teilhabe ermöglichen.

Die "allererste Maßnahme der neuen SPDgeführten Bundesregierung" werde ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit sein. 100 000 Jugendliche sollen so schnell wie möglich in Ausbildung und Beruf kommen. Jungen Menschen wird jedoch kein Gefallen damit getan, daß ein staatlicher Arbeitsmarkt ihre Berufswahl einschränkt.

Dann wird die Lehrstellenabgabe für nicht "ausbildungswillige Betriebe" ins Gespräch gebracht. Aber wird wirklich eine einzige Lehrstelle durch Zwangsabgaben geschaffen? Auch kurzfristige künstliche Korrekturen der Arbeitsmarktzahlen bei Jugendlichen, wie es das SPD-Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit vorsieht, ist keine Hilfe zur Selbsthilfe. Der Verwaltungsapparat für die "Lehrstellensteuer der SPD" würde hohe Kosten erzeugen und unnötig Geld verschleudern, das Berufsberatung und Aus-

bildungsvermittlung der Arbeitsämter dringend bräuchten. Geplante Lohnkostenzuschüsse für auszubildende Betriebe stellen dabei eine weitere unnötige Subventionierung des Staates dar, die besser in die Bildungspolitik investiert werden sollte.

Um die Jugendarbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, müssen junge Menschen in unserer Gesellschaft die bestmögliche Ausbildung erhalten. Wissen ist das entscheidende Zukunftskapital. Gegen diesen Grundsatz ist in der Vergangenheit insbe-

Von Christian Jung, Bundesvorsitzender der Schüler-Union

sondere von linken Bildungsideologen schwer verstoßen worden. Bildungspolitik darf nicht mit Sozialpolitik verwechselt werden, und die rote Einheitsschule hat längst bewiesen, daß sie zur Elitebildung nicht taugt. Deshalb ist die Dreigliedrigkeit des Schulsystems ebenso wichtig wie die Oberstufenreform.

In den alten Bundesländern steigt die Zahl der Schulabgänger wieder kontinuierlich an. Bis zum Jahr 2007 ist mit einem Zuwachs von insgesamt 200 000 Schulabgängern zu rechnen. Jährlich werden durchschnittlich 15 000 zusätzliche Absolventen eine Ausbildungsstelle nachfragen. In den neuen Bundesländern wird die Zahl der Schulabgänger zwischen 1997 und dem Jahr 2000 leicht zurückgehen. Danach wird ein stärkerer Abbau der Schulabgängerzahlen erwartet. Insgesamt wird in ganz Deutschland bis zum Jahr

Die Junge Union Deutschlands sucht zum 1. Oktober 1998 für die Bundesgeschäftsstelle in Bonn (ab 1. Januar 1999 Berlin) eine/einen

Finanzreferenten/in

Aufgaben:

- Beantragung und Abrechnung aller finanziellen Vorgänge (national und international)
- Finanzverwaltung
- Personalverwaltung
- Versicherungswesen

Anforderungen/Voraussetzungen:

- kfm. Ausbildung nach Möglichkeit Industriekaufmann/frau
- Versicherungskenntnisse
- Lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtliche Kenntnisse
- finanzielle Zusammenhänge schnell erkennen

- Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift, Englischkenntnisse
- Computerkenntnisse (MS Office Professional 97, Internetkenntnisse)
- hohes Maß an Mobilität und Flexibilität
- Höchstalter 30 Jahre

Vergütung: in Anlehnung an BAT V a/IV b (Bund)

Die Einarbeitung erfolgt ab 1. Oktober 1998 in der Bundesgeschäftsstelle in Bonn. Ab 1. Januar 1999 ist Dienstsitz Berlin.

Schriftliche Bewerbungen einschließlich aller üblichen Unterlagen sind bis zum 31. Juli 1998 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Bundesgeschäftsführer Ulrich Burger, Annaberger Straße 283, 53175 Bonn, zu richten.

2006 mit einem Ausbildungsplatzbedarf von rund 705 000 Plätzen gerechnet.

Da reicht es nicht, wenn die SPD pausenlos mit ihrem Schlagwort "Chancengleichheit in der Bildung" umherzieht. Die SPD und viele andere linksgerichtete Bildungsideologen haben immer noch nicht begriffen, daß Menschen mit den unterschiedlichsten Begabungen auf die Welt kommen und nicht alle zum Ziel haben, das Gymnasium oder die Universität zu besuchen. Die SPD sagt nicht, wie sie sich eine Bildungspolitik vorstellt, die Jugendliche befähigt, eine Ausbildung anzutreten und lesen, schreiben und rechnen zu lernen. Viele Probleme sind die katastrophalen Ergebnisse von Gesamtschulausbildung in den SPD-regierten Bundesländern.

Die SPD äußert sich überhaupt nicht zu Themen wie einer früheren Einschulung oder der Verkürzung der Schulzeit. Die Förderung von schwachen und begabten Schülern in unterschiedlichen Angeboten wird nicht angesprochen. Auch auf die für die Zukunftsgesellschaft entscheidenden Themen wie Fremdsprachen und Umgang mit modernen Medien wird verzichtet.

Die Sozialdemokraten haben in der Bildungspolitik keine brauchbaren Konzepte, und Gerhard Schröder ist der Garant dafür, daß das "Megathema Bildung" nach dem Wahlkampf bei der SPD nicht mehr auf der Tagesordnung stehen wird. In Niedersachsen hat er dies bereits bewiesen.

Argumente

Für Gespräche mit Erstwählern

Wer sich vor Augen führt, daß manche Erstwähler des 27. September bei der letzten Bundestagswahl erst 14 Jahre alt waren, wird sich in Gesprächen mit ihnen nicht scheuen, auch auf Politikwissen zu sprechen zu kommen, das ihm selber selbstverständlich ist.

Sechs Punkte sollten Sie unbedingt parat haben, um jungen Menschen die Bedeutung ihrer Wahlbeteiligung klar zu machen:

1: Vom Wahlrecht Gebrauch machen!

Du entscheidest nicht nur über die Zukunft dieses Landes, sondern auch über Deine eigene Zukunft. Wenn Du nicht wählst, überläßt Du diese wichtige Entscheidung anderen.

2. Wie funktioniert Demokratie?

Die anderen – das sind wie Du das Volk, von dem nach unserer Verfassung "alle Macht ausgeht".

Durch Wahlen wird diese Macht auf Leute übertragen, die stellvertretend für ihre Wähler handeln und entscheiden sollen. Logisch: Einen solchen Auftrag erteilt man nur solchen, denen man auch vertraut.

Wichtig: Du hast am 27. September zwei Stimmen:

 Mit der Erststimme entscheidest Du darüber, welcher Abgeordnete Dich in Deinem Wahlkreis vertritt. Die Zweitstimme entscheidet darüber, wer Kanzler wird.

3. Was geschieht im Bundestag?

Auftrag an Deinen Abgeordneten – das heißt vor allem:

- den Bundeskanzler wählen,
- beschließen, wieviel Geld jährlich für welche Aufgaben des Bundes ausgegeben werden soll,
- an der Gesetzgebung mitwirken,
- die Regierung kontrollieren und
- die Öffentlichkeit über alle wichtigen politischen Vorgänge informieren.

Der Abgeordnete erledigt das alles nicht allein, sondern in Gremien:

- in Fraktionen, zu denen sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestags zusammenschließen können,
- in Arbeitsgruppen, die die Fraktionen fraktionsintern für besondere Sacharbeiten bilden,
- in Ausschüssen, in die die einzelnen Fraktionen ihre Vertreter schicken – zur Vorberatung von Gesetzen und sonstigen Beschlüssen, ehe darüber im Bundestagsplenum abgestimmt wird.
- in Untersuchungsausschüssen, die in der Regel "skandalöse" Sachverhalte klären, und
- in Enquete-Kommissionen, die weitreichende Entscheidungen vorbereiten.

4. Wie entsteht ein Bundesgesetz?

Am Anfang steht der Gesetzentwurf. Eingebracht werden kann er

- durch die Bundesregierung,
- aus der Mitte des Bundestags,
- durch den Bundesrat.

Der Entwurf durchläuft im Plenum des Bundestags in der Regel drei Beratungen bzw. "Lesungen":

Erste Lesung – danach beraten die zuständigen Ausschüsse und parallel dazu die Arbeitsgruppen der Fraktionen.

Zweite Lesung – der Bundestag behandelt die Beratungsergebnisse des Ausschusses. Ergeben sich dabei keine weiteren Änderungen, dann kommt es sofort zur dritten Lesung und zur Schlußabstimmung.

Nur mit Zustimmung des Bundesrates als der Vertretung der Länder werden diejenigen Gesetze wirksam, die in die Zuständigkeit der Länder eingreifen.

Zwei-Drittel-Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat sind bei verfassungsändernden Gesetzen erforderlich.

Gescheitert ist ein sog. zustimmungspflichtiges Gesetz, wenn der Bundesrat es ablehnt.

Den Vermittlungsausschuß kann der Bundesrat bei nicht-zustimmungspflichtigen Gesetzen anrufen und Einspruch erheben. In einer erneuten Abstimmung kann der Bundestag diesen Einspruch zurückweisen.

In Kraft tritt ein Gesetz nach Unterschrift durch den Bundespräsidenten und Verkündung im Bundesgesetzblatt.

5. Wozu brauchen wir Parteien?

Grundgesetz und Parteiengesetz haben Status und Aufgaben der Parteien festgeschrieben. Wichtigste Bestimmung:

"Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.

Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen."(Grundgesetz Artikel 21.1)

6. Wählen - aber wie?

Wahlberechtigt ist jeder Deutscher, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und mindestens 3 Monate im Wahlgebiet wohnt (aktives Wahlrecht). Auch Deutsche, die sich im Ausland aufhalten, können ihr Wahlrecht durch Briefwahl ausüben.

Wählbar ist jeder, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und mindestens seit einem Jahr Deutscher ist (passives Wahlrecht).

Zum Wahlakt:

Mit der Erststimme entscheiden die Wähler über den Abgeordneten, der sie in dem Wahlkreis vertreten soll, in dem sie wohnen. Gewählt ist, wer die relative Mehrheit der Stimmen erhält.

Wahlentscheidend ist die Zweitstimme. Denn der Anteil der Parteien an den Zweitstimmen entscheidet über deren Anteil an den insgesamt 656 Bundestagssitzen.

Zu sog. Überhangmandaten – das sind: zusätzliche Sitze – kommt es, wenn eine Partei in den insgesamt 328 Wahlkreisen mehr Direktkandidaten bzw. Wahlkreissieger bei den Erststimmen hat, als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustehen.

RENTE

Schröder: "Für die, die jetzt von der Schule kommen, soll es nur noch eine beitragsfinanzierte Grundrente geben." (Wirtschaftswoche, 21. 5. 98)

Schattenminister Riester: "Wenn wir zum Beispiel eine Mindestrente einführen, dann muß diese Mindestrente vom Steuerzahler finanziert werden." (Spiegel, 4. 5. 98)

Norbert Blüm: "Das nenne ich Rentenpolitik mit der Abrißbirne." (FAZ-Sonntagszeitung, 10. 5. 98)

Die SPD will

eine steuerfinanzierte Grundrente unter 1500 Mark. Jeder hätte Anspruch auf diese Rente, auch wenn er nie Beiträge eingezahlt hat. Diese Grundrente würde 200 Milliarden Mark pro Jahr kosten. Wie das bezahlt werden soll, verschweigt die SPD den Beitragsund Steuerzahlern.

Die SPD will

die Rentenreform 1999 rückgängig machen. Auf die demographischen Veränderungen soll erst ab dem Jahr 2015 reagiert werden. Der Beitragssatz müßte um 1,6 Prozentpunkte steigen.

Die SPD will

die Lebensarbeitszeit verlängern.

CDU dagegen:

Die Renten sollen sich an den Beiträgen bemessen, die der einzelne nach seiner Leistungsfähigkeit zahlt. Eine Grundrente ist ungerecht und bestraft diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben.

CDU dagegen:

Die Rentenreform der CDU verteilt die Lasten der demographischen Entwicklung gerecht auf jung und alt.

CDU dagegen:

Die Rentenreform 1999 macht eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit überflüssig.

KEINE FRAGE. Die "Welt am Sonntag" faßt am 24. Mai den "Renten Wirrwarr in der SPD" mit dem Satz zusammen: "Über die Frage, wie das alles bezahlt werden soll, gibt es in der SPD allerdings keinen Streit. Sie wurde noch gar nicht gestellt."

Sichere Rente - bezahlbare Beiträge:



Internet:

Abrufe erreichen jetzt fast die 2-Millionen-Marke

In Deutschland findet der Wahlkampf erstmalig auch im Internet statt. Das Interesse am Internet hat in der Bevölkerung – und auch bei den Medien – deutlich zugenommen.

Mit der Niedersachsen-Wahl stiegen die Abrufzahlen des CDU-Angebots sprunghaft an und überschritten beträchtlich die Ein-Millionen-Grenze. Damit erhöhte sich im Laufe des letzten Jahres die Zahl der Seitenabrufe fast um das Fünffache.

Tagesaktuelle Information

Tagesaktuelle Information wird im CDU-Angebot groß geschrieben. Bereits auf der Homepage steht die Top-News des Tages (anstatt den Besucher mit bunten Bildern und langen Ladezeiten zu langweilen). Das Online-Magazin erscheint wochentäglich um 14.00 Uhr mit tagesaktuellen Themen. Damit hebt sich das CDU-Angebot deutlich von der Konkurrenz ab, die immer noch der Meinung ist, man bräuchte die Hochglanz-Broschüren, die man ohnehin produziert, einfach nur ins Internet zu stellen. Neben der Information ist die Kommunikation mit den Besuchern das wichtigste Anliegen. Das Diskussionsforum gilt in Internet-Kreisen als eines der bestfunktionierenden Foren im deutschsprachigen Internet-Web. Das Besondere des Forums ist, daß die CDU keinerlei Zugangsbeschränkungen hat und jeder Teilnehmer frei im Forum seine Meinung sagen kann. Das erfordert eine ganze Menge Mut, da natürlich nicht immer für die CDU Positives im Forum steht. Diesen Mut hat die SPD beispielsweise nicht. Sie scheut sich vor der inhaltlichen Auseinandersetzung. Am Forum der SPD kann nur teilnehmen, wer sich ein Paßwort schicken läßt. Folglich findet dort auch keine "echte" Diskussion statt.

Die CDU hat die Chance, über das Internet mit der Bevölkerung diskutieren zu können, erkannt und nutzt sie. Besonders die Diskussion mit CDU-Politikern erfreut sich großer Beliebtheit.

Generalsekretär Peter Hintze online im CDU-Forum

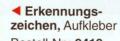
Am Donnerstag, dem 9. Juli, ist es wieder soweit. Generalsekretär Peter Hintze ist von 15.00 Uhr bis 16.30 Uhr online im Diskussionsforum, um Fragen und Anregungen der Internet-Besucher zu beantworten.

Auch Sie können an der Diskussion teilnehmen. Wählen Sie sich am Donnerstag unter www.cdu.de in das Angebot der CDU ein.

Den Generalsekretär können Sie dann auch live in einer Bildübertragung via Spy-Cam sehen.

Unsere Elektronischen Adressen:

- ► INTERNET: http://www.cdu.de
- T-ONLINE: *CDU#
- X 400: c= de; a = dbp; p = cdu; s = bund
- ► E-MAIL: post@ www.cdu.de



Bestell-Nr.: **9419** Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 8,- DM

Ich bin

Achtung: Neue Adresse

IS-Versandzentrum

Postfach 14 65 59306 Ennigerloh Fax (0 25 24) 91 13 10 E-Mail: georg.simon @bertelsmann.de

BEACH-VOLLEY

▲ "Ich bin für Kohl",

Button

Bestell-Nr.: **9437** Verpackungseinheit: 100 Expl.,Preis je 100 Expl.: 28,– DM

■ Beach-Volley

Bestell-Nr.: 9458

Verpackungseinheit: 1 Ball Preis je Ball: 21,60 DM UNION BETRIEBS GMBH POSTFACH 2449 53014 BONN PVSt, DEUTSCHE POST AG ENTGELT BEZAHLT.



CDU-Waserball

Bestell-Nr.: 9778

Verpackungseinheit: 10 Expl. Preis je 100 Expl.: 20 DM

Achtung Neue Adresse

Bestellungen an: IS-Versandzentrum • Postfach 11 65 59360 Ennigerloh • **Telefax (0 25 24) 91 13 10** E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand



22/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,— DM. Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.